

**Änderung Bildungssteuerung - Anpassung Bildungsreglement**

Beschluss; Direktion Bildung und Soziales

**1. Ausgangslage**

Das Könizer Bildungsreglement ist seit dem 1. August 2006 in Kraft. Eine Teilrevision erfolgte per 1. August 2014 im Zuge der Reduktion auf eine einzige Schulkommission. Damals wurden insbesondere die Artikel 4, 5, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 15bis, 17, 18, 20, 22bis, 24, 27 Abs. 3, 29, 30, 36, 37c, 37d, 37e und 40 angepasst. Damit wurde die heutige Könizer Schulführung strukturell festgelegt. Seither gab es nur noch punktuelle Änderungen.

Der Gemeinderat hat deshalb am 30. November 2023 die Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BSS) beauftragt, einen Revisionsprozess zur Bildungssteuerung zu starten. Gestützt auf diesen Auftrag hat der Gemeinderat dem Parlament die Einsetzung einer nicht-ständigen parlamentarischen Kommission «Bildungssteuerung» (NPK BS) zur Begleitung und Vorberatung dieser Revision beantragt. Diesem Antrag stimmte das Parlament am 24. Juni 2024 zu (Traktandum 2, «Änderung Bildungssteuerung – Anpassung Bildungsreglement, Einsetzung einer nichtständigen parlamentarischen Kommission»<sup>1</sup>).

Der vorliegende Parlamentsantrag markiert nun den Abschluss des titelerwähnten Projekts: Er legt dem Parlament das im Bereich Bildungssteuerung angepasste Bildungsreglement zur Beschlussfassung vor. Vorausgesetzt, das Parlament stimmt diesem Antrag zu, endet damit der Auftrag der vom Parlament am 24. Juni 2024 eingesetzten NPK BS. Gleichzeitig sind die Grundlagen für die Umsetzung der neuen Steuerungsstruktur auf den 1. August 2026 geschaffen.

**2. Warum braucht es eine Änderung der Bildungssteuerung?**

Der Gemeinderat und die Schulkommission haben seit längerer Zeit Probleme in der heutigen Steuerungsstruktur erkannt. Die alleinige Führungskompetenz über die Schulleitungen (SL) liegt bisher bei den Tandems der Schulkommission (SK-T) und hängt stark von den Fähigkeiten und Verfügbarkeiten der gewählten Mitglieder ab. Daher dürften für diese Führungsfunktion eigentlich nur Personen in Frage kommen, die ausserordentlich flexibel sind, Führungserfahrung mitbringen, sich mit den Abläufen im bernischen Volksschulsystem auskennen und in Krisensituationen anspruchsvolle Prozesse gestalten, begleiten und professionell moderieren können. Dies steht im Widerspruch zum Milizgedanken, weil die nötigen Aufgaben von Milizpersonen nur in Ausnahmefällen vollständig übernommen werden können. Entsprechend mussten in der Vergangenheit auch immer wieder Geschäfte, die eigentlich in den Aufgabenbereich der Schulkommission gefallen wären, von der Verwaltung übernommen und dort zuhause der Schulkommission aufbereitet werden.

Auf der anderen Seite wird das derzeitige Anforderungsprofil für Mitglieder der SK zunehmend als unzureichend betrachtet. Einige der für die Personalführung der SL zuständigen SK-Tandems sind trotz grossem Engagement und Zeiteinsatz zeitweise mit ihrer Aufgabe überfordert. Der Aufwand für die SK-Tandems und die Abteilung BSS ist ausserordentlich hoch, die Kontinuität der Prozesse nicht garantiert.

Die SK hat diese Probleme ebenfalls erkannt und das Vorhaben der Direktion Bildung und Soziales von Anfang an unterstützt, auf transparente und vertiefte Weise eine Änderung des Bildungssteuerungssystems zu erwirken. Dies auch und gerade im Hinblick auf die laufend zunehmende Komplexität des gesamten Systems der Volksschule. Die Gemeinde Köniz braucht ein Bildungssteuerungssystem, das geeignet ist, auch die kommenden Herausforderungen der Schule zu meistern.

---

<sup>1</sup> [https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/22005/2024-06-24\\_T06\\_Bildungssteuerung.pdf?fp=1](https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/22005/2024-06-24_T06_Bildungssteuerung.pdf?fp=1)

Zu diesen Überlegungen hat sich der Gemeinderat bereits ausführlich im Rahmen seiner Beantwortung der Interpellation V2311 «Quo vadis, Bildungssystem Köniz?»<sup>2</sup> geäußert.

### 3. Bisheriger Prozess

#### 3.1 Projektauftrag

Am 24. April 2024 hat der Gemeinderat der Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BSS) einen Projektauftrag erteilt, der die Revision des Bildungsreglements in der Gemeinde Köniz umfasst. Ziel war es, unter externer Unterstützung (Dr. Markus Heinzer, politik.projekte.) eine umfassende Analyse der aktuellen Bildungssteuerung vorzunehmen und auf dieser Basis eine Auslegeordnung mit möglichen neuen Steuerungsmodellen zu erstellen. Die Ergebnisse sollten zusammen mit einer Handlungsempfehlung und einem Entwurf zur Reglementsrevision dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Der Projektauftrag formulierte dazu folgende Hauptziele:

- Die aktuelle Bildungssteuerung ist analysiert
- Eine Auslegeordnung bzw. ein Vergleich mit anderen Steuerungsmodellen ist erarbeitet.
- Vielversprechende Modelle sind von einer nichtständigen parlamentarischen Kommission «Bildungssteuerung» (NPK BS) beraten und zuhanden des Gemeinderates priorisiert.
- Eine neue Organisation der Bildungssteuerung ist vom Parlament beschlossen und wird von den involvierten Akteuren mitgetragen.
- Die neue Organisation der Bildungssteuerung ist effektiver und effizienter als die heutige. Eine professionelle Führungsstruktur ermöglicht die flexible Weiterentwicklung der Könizer Schulen.
- Im Zuge der Revision sind auch das Zusammenspiel von Unterricht und Betreuung (Tages- und Ganztageschule) sowie die gemeindeweite Steuerung der pädagogischen Ausrichtung des gesamten Volksschulangebots weiterentwickelt und im neuen Reglement fixiert.

Als Zieltermine wurden im Projektauftrag festgehalten:

- Parlamentsbeschluss über die Revision des Bildungsreglements bis Juni 2025
- Inkraftsetzung des neuen Bildungsreglements per 1. August 2026
- Anpassung der entsprechenden bildungsbezogenen Führungsstrukturen per 1. August 2026

Als ausdrücklich nicht Gegenstand des Projekts wurden bezeichnet:

- die strategische Bildungsraumentwicklung
- die Auswirkungen einer neuen Steuerungslogik auf die Abläufe innerhalb der Abteilung BSS (diese werden parallel geprüft und nach dem Parlamentsbeschluss im Detail definiert und umgesetzt).

#### 3.2 Entscheidungsgrundlagen

Um eine fundierte Diskussion und Meinungsbildung zu ermöglichen, sind zunächst unter Begleitung und Steuerung einer verwaltungsinternen Projektgruppe umfassende Entscheidungsgrundlagen ausgearbeitet worden. Die Projektgruppe setzte sich zusammen aus:

- dem Präsidenten der Schulkommission und Vorsteher der Direktion Bildung und Soziales,
- dem Abteilungsleiter BSS (Projektleitung),
- der Leiterin der Fachstelle Bildung,
- einer Vertretung aus dem Vorsitz der Schulleitungskonferenz (SLK-V),
- einer Vertretung aus der Tagesschulleitungskonferenz (TSLK),
- sowie dem externen Experten und Projektbegleiter.

Dieses Vorgehen sollte sicherstellen, dass die NPK BS sowie weitere involvierte Anspruchsgruppen ab Sommer 2024 eine Diskussion über real mögliche Modelle der Bildungssteuerung führen konnten. Dadurch wurde vermieden, dass «auf einem weissen Blatt Papier» begonnen

---

<sup>2</sup>[https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/21331/2023-12-04\\_T15\\_V2311\\_Interpellation%20Bildungssystem.pdf?fp=1](https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/21331/2023-12-04_T15_V2311_Interpellation%20Bildungssystem.pdf?fp=1)

werden musste, was angesichts der Komplexität von Bildungssteuerungsmodellen sowie ihrer finanziellen wie organisatorischen Auswirkungen besonders wichtig war.

Der Gemeinderat hat diese Entscheidungsgrundlagen zur Kenntnis genommen, eingehend diskutiert und zuhanden der NPK BS verabschiedet. Die Schulkommission, die SLK und die TSLK hatten zuvor Gelegenheit, inhaltlich dazu Stellung zu nehmen.

### **3.3 Meinungsbildung und Diskussion**

Auf der Basis der Entscheidungsgrundlagen hat sich die NPK BS im zweiten Halbjahr 2024 intensiv mit den möglichen Modellen der Bildungssteuerung befasst. Dazu hat die NPK BS allen zentralen Anspruchsgruppen, der Schulleitungskonferenz (SLK), der Tagesschulleitungskonferenz (TSLK) und der Schulkommission (SK), im Vorfeld spezifische Fragen gestellt, etwa zur Definition einer professionellen Führung, zu Faktoren der Bildungsqualität, zu Erfahrungen mit der bisherigen Milizführung, zu möglichen Alternativen ohne Schulkommission und zu gewünschten Innovationsimpulsen. Anlässlich einer Sitzung konnten sich diese Gremien dann mündlich vor der NPK BS zu den Fragen äussern und ihre zuvor in den jeweiligen Gremien konsolidierten Perspektiven einbringen.

Nach eingehender Diskussion hat die NPK BS dem Gemeinderat empfohlen, drei Modelle vertieft weiterzuverfolgen. Sie stützte sich dabei auf eine umfassende Beurteilung der Modelle insbesondere im Hinblick auf die angestrebte Professionalisierung der Steuerung und Personalführung, die Sicherung der Bildungsqualität sowie die Verbindung zur Politik und Bevölkerung. Der Gemeinderat hat daraufhin einen ersten Richtungsentscheid gefällt und die Abteilung BSS in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Recht beauftragt, für drei Modelle entsprechende Bildungsreglements-Entwürfe auszuarbeiten.

Die erarbeiteten Reglementsentwürfe hat der Gemeinderat zusammen mit seiner Einschätzung und Empfehlung am 30. April 2025 der NPK BS zur weiteren Beratung und Stellungnahme übermittelt. In seiner Beurteilung hat der Gemeinderat gegenüber der NPK BS insbesondere festgehalten, dass aus seiner Sicht eine klare und schlanke Steuerungsstruktur ohne Bildungskommission vorzuziehen ist. Die NPK BS hat die Unterlagen an ihrer Sitzung vom 14. Mai 2025 eingehend geprüft und dem Gemeinderat ihre Einschätzungen sowie die daraus abgeleiteten Empfehlungen schriftlich übermittelt.

### **3.4 Beschlüsse**

Der Gemeinderat hat am 18. Juni 2025 beschlossen, dem Parlament das Modell ohne Bildungskommission zur Entscheidung vorzulegen. Die ausgearbeitete Revisionsvorlage hat der Gemeinderat Anfang August zuhanden des Parlaments für die Sitzung vom 15. September 2025 verabschiedet. Bei diesem Geschäft wird die NPK BS anstelle der GPK als vorberatende Kommission fungieren.

### **3.5 Geplante Umsetzung**

Nach dem Parlamentsbeschluss vom 15. September 2025 bleibt nahezu ein ganzes Schuljahr Zeit, um die neue Steuerungsstruktur bis zur Inkraftsetzung am 1. August 2026, dem Beginn des Schuljahres 2026/2027, umzusetzen. Dieser Zeitpunkt markiert gleichzeitig auch das Ende der Legislatur der aktuellen Schulkommission. Allfällige Auswirkungen auf die Organisation der Abteilung BSS werden in einem separaten Projekt parallel dazu und sorgfältig aufeinander abgestimmt erarbeitet.

## **4. Beschreibung des vom Gemeinderat vorgeschlagenen Steuerungsmodells ohne Bildungskommission**

Das vom Gemeinderat vorgeschlagene Bildungssteuerungsmodell funktioniert analog zu allen anderen Politikbereichen in der Gemeinde Köniz, nämlich ohne eine themenspezifische Kommission:

- Der Gemeinderat steuert strategisch, die Verwaltung setzt operativ um.

- Die Verwaltung besteht aus Fachpersonen; die Schulleitungen (SL) und Tagesschulleitungen (TSL) sind mit ihrem Fachwissen in die Verwaltung integriert.
- Die Verwaltung macht dem Gemeinderat Vorschläge gemäss aktuellem Stand des Fachwissens und ihrer Erfahrung.
- Das Parlament beaufsichtigt den Gemeinderat und damit die Verwaltung und nimmt über die Behandlung von Geschäften und über parlamentarische Vorstösse Einfluss.
- Das Parlament hat die Kompetenz, das Bildungsreglement zu ändern. Es kann dies jederzeit mittels Motionen veranlassen.

Im Folgenden soll das neu vorgeschlagene Bildungssteuerungsmodell mit zwei Beispielen illustriert werden: Im bisherigen System entschied die Schulkommission (SK) beispielsweise grundsätzlich über konzeptionelle Fragen zur Mitwirkung von Eltern und Schülerinnen und Schülern für alle Könizer Schulen. Die SLK wurde dazu grundsätzlich vor dem Entscheid konsultiert. Erarbeitet wurden diese und ähnliche Konzepte meist durch die Abteilung BSS. Neu wird der Gemeinderat auf Antrag der Verwaltung über solche Konzepte entscheiden. Die Verwaltung legt ihm dazu Vorschläge vor, die mit SLK und TSLK konsolidiert sind, da diese in die Verwaltung integriert sind.

Ein weiteres Beispiel: Weisungen zur Organisation der Tagesschule lagen bisher in der Kompetenz der SK. Die Direktion, die SL und die TSL waren bei der Erarbeitung eingebunden. Definitiv entschied jedoch die SK, auch dann, wenn der Entscheid finanzielle Folgen für die Gemeinde hatte. Neu wird die Verwaltung (mit SL und TSL integriert) dem Gemeinderat einen Vorschlag unterbreiten. Dieser entscheidet abschliessend und trägt dafür auch die finanzielle Verantwortung.

Die Eingliederung der Personalführung in die Verwaltung führt aufgrund der zusätzlichen Aufgaben zu einer Erweiterung der Organisationsstruktur der Abteilung BSS. Konkret soll dafür eine neue Fachstelle («Leitung Volksschule») geschaffen werden. Diese übernimmt sämtliche Aufgaben zur Führung der Schul- und Tagesschulleitungen und stellt die personelle, pädagogische und organisatorische Steuerung sicher.

Wie bei allen anderen Verwaltungseinheiten gilt auch hier, dass für die Besetzung der zusätzlich zu schaffenden Führungsfunktionen klare Anforderungsprofile erstellt werden. Die neue Fachstelle «Leitung Volksschule» soll als zusätzliche Einheit in das bestehende Organigramm der Abteilung BSS integriert werden. Damit verbunden ist eine entsprechende Ressourcierung, auf die in Kapitel 10 (Finanzen) näher eingegangen wird.

Das Modell ohne Bildungskommission hat gegenüber allen anderen geprüften Varianten einige gewichtige Vorteile:

- Im Bereich der kommunalen Schule gibt es grundsätzlich nur wenige strategische Richtungsentscheide, die keine grösseren finanzielle Folgen haben. Eine Kommission, die ohne Personalführung rein strategisch konzipiert wäre, hätte deshalb nur noch wenig zu tun. Ihre Möglichkeiten, für die Schule und die Gemeinde einen Mehrwert im Verhältnis zum Aufwand zu generieren, wäre sehr gering. Zudem ist fraglich, ob ohne Personalführung überhaupt eine genügende Nähe zum Geschehen vor Ort entstehen könnte, die auch für strategische Entscheide grundlegend wichtig ist. Eine zu weit von der Schule entfernte Kommission mit einschneidenden Entscheidungskompetenzen wäre für das System heikel.
- Fast alle strategischen Richtungsentscheide haben kleinere oder grössere Kostenfolgen. Es ist deshalb sinnvoll, die Entscheidung darüber jenem Gremium zu überlassen, das auch für die Gemeindefinanzen verantwortlich ist: dem Gemeinderat (respektive dem Parlament via Budgetprozess oder für einmalige Ausgaben über CHF 200'000). Es macht systematisch wenig Sinn, wenn eine Kommission Richtungsentscheide fällt und der Gemeinderat diese anschliessend ohne eigene Mitsprache finanzieren «muss».
- Ein Steuerungsmodell ohne Kommission entspricht dem in allen anderen Politikbereichen bewährten Muster, wonach die Verwaltung die Inhalte vorbereitet und die Exekutive entscheidet. Wird die Bildungssteuerung ebenfalls nach diesem Muster organisiert, vereinfacht dies die Abläufe innerhalb der Gemeinde erheblich.
- Der Einfluss der Parteien auf das Schulwesen wird ohne spezifische Bildungskommission nicht kleiner. Er bleibt gleich gross wie in allen anderen Politikbereichen und funktioniert sowohl über institutionalisierte Verfahren (Wahlen, Einsitz in Gemeinderat und Parlament, Vorstösse) als auch über direkten Kontakt mit den Verantwortlichen. Mitglieder kommunaler Schulkommissionen sind oft nicht besonders eng mit ihren Parteien

verbunden, und der Einfluss der Parteien auf die Geschehnisse in der Schule ist eher marginal. Zudem hatten die Könizer Ortsparteien in den letzten Jahren vermehrt Schwierigkeiten, überhaupt noch geeignete Personen für dieses Amt vorzuschlagen, weil die zunehmende Komplexität des Aufgabenbereichs, die hohe Arbeitslast und die nötige Verfügbarkeit abschreckend wirkten.

- Es gibt keinen Grund, warum die Schule stärker in der Gemeinde und bei den Einwohnerinnen und Einwohnern verankert sein sollte als andere sensible Bereiche wie etwa die Sozialhilfe. Das föderalistische politische System in der Schweiz garantiert ohnehin eine ausserordentlich gute Verankerung der lokalen Politik in der Gemeinde. Dies gilt auch für die Schule, selbst wenn sie gemäss dem üblichen Muster über Verwaltung und Exekutive gesteuert wird. Die Mitglieder des Gemeinderats sind meist sehr gut in der Gemeinde vernetzt und können den Puls genauso gut fühlen wie Schulkommmissionsmitglieder.

Das Bildungssteuerungsmodell ohne Schulkommission wird bislang nur in wenigen Gemeinden im Kanton Bern angewandt (etwa eine von zwanzig Gemeinden). Die Gemeinden sind in dieser Hinsicht allerdings nur schwer vergleichbar. So sind es vielfach kleinere Gemeinden, die ihre Schulkommissionen abgeschafft haben. Auf der anderen Seite hat die überwiegende Mehrheit der Berner Gemeinden ein Steuerungsmodell, in dem die Personalführung bei der ressortverantwortlichen Person aus dem Gemeinderat liegt, die auch die Schulkommission präsidiert. Diese Schulkommissionen haben als Kommission keine Führungsaufgabe mehr. Sie haben vor allem noch eine beratende, allenfalls auch strategische und aufsichtsrechtliche Funktion. Parlamentarische Kommissionen, die Aufgaben einer Schulkommission gemäss Volksschulgesetz übernehmen, gibt es in keiner Gemeinde im Kanton Bern.

Die grossen Gemeinden (Bern, Biel, Thun, Langenthal, Burgdorf, Interlaken), zu denen sich auch Köniz zählt, verfügen alle über eine oder mehrere Schulkommissionen. Die Gründe dafür sind bisher nicht systematisch untersucht worden. Bei den vergangenen Reformprozessen in Biel, Burgdorf und Thun wurde offenbar eine Abschaffung der Schulkommission bereits sehr früh kategorisch ausgeschlossen. Dies obwohl die meisten anderen Politikbereiche auch in diesen Gemeinden und Städten problemlos ohne eigene Kommissionen auskommen. Im vorliegenden Prozess hin zur Änderung der Bildungssteuerung war von Anfang an zentral, dass alle möglichen Modelle einander gegenübergestellt werden. Die Auswahl konnte damit aufgrund nachvollziehbarer Argumente und deren Abwägung gegeneinander erfolgen.

## 5. Geprüfte Modelle mit Einordnung und Bewertung durch den Gemeinderat

Die Auslegeordnung, die in der Phase der Entscheidungsgrundlagen unter Aufsicht einer internen Projektgruppe erarbeitet wurde, umfasste sieben verschiedene Schulsteuerungsmodelle. Damit lagen dem Gemeinderat und der NPK BS von Beginn an prinzipiell alle für Köniz denkbaren Modelle vor. Im Folgenden werden alle geprüften Modelle zuerst erläutert und dann bewertet.

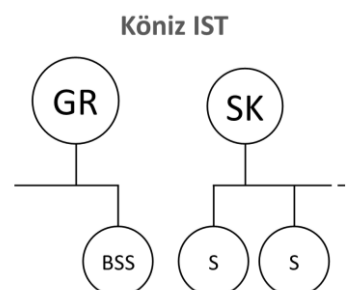
### 5.1 Köniz IST: Eine parteipolitisch zusammengesetzte Schulkommission

Das aktuelle Bildungssteuerungsmodell in der Gemeinde Köniz weist, wie oben beschrieben, verschiedene Mängel und offene Fragen auf. Die Erfahrung zeigt, dass eine Kommission aus Milizpersonen nicht für die Personalführung einer derart grossen Fachorganisation zuständig sein sollte. Die Gefahr ist zu gross, dass im Einzelfall die nötige Kompetenz, Konstanz und Qualität nicht gewährleistet werden können.

Die heutige Schulkommission (SK) ist als Milizkommission mit Zweiertteams bzw. Tandems organisiert, die jeweils für einzelne Schulbezirke zuständig sind und als Vorgesetzte der Schulleitungen fungieren.

Der Inhalt und Umfang der bisherigen Tätigkeiten der SK Köniz, basierend auf den im Bildungsreglement definierten Aufgaben, lassen sich grob wie folgt zusammenfassen:

- (1) Strategische Aufgaben (ca. 30% der anfallenden Geschäfte)
- (2) Personalführung (ca. 40% der anfallenden Geschäfte)



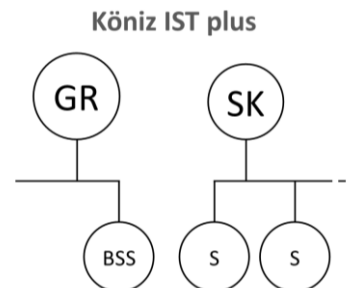
- (3) Kommunale Aufsicht: (ca. 20% der anfallenden Geschäfte)
- (4) Verwaltung / Organisation (ca. 10% der anfallenden Geschäfte)

Aufgrund der unterschiedlichen Kompetenzprofile, der Verfügbarkeit und der Fluktuation der Kommissionsmitglieder kann so keine einheitliche, professionelle Führung und Aufsicht sichergestellt werden. Zudem ist es für die Ortsparteien sehr schwierig, passende Mitglieder zu finden. In Frage kommen fast nur Personen, die Teilzeit arbeiten, über Personalführungserfahrung verfügen und einen fachlichen Hintergrund im Bildungswesen haben. Das bestehende Anforderungsprofil kann in den allermeisten Fällen nicht eingehalten werden.

## 5.2 Köniz IST plus: Eine parteipolitisch zusammengesetzte Schulkommission mit mehr Ressourcen

Funktionsweise des Modells:

- Strategische Führung durch parteipolitisch zusammengesetzte Kommission (9 Mitglieder)
- Personalführung der SL durch SK-Tandems pro Schulbezirk
- Stab der Kommission durch eigene Geschäftsstelle
- Entlohnung Kommissionsmitglieder



Um das Modell «Köniz IST» funktionaler zu machen, ohne zentrale Eckpunkte des Modells verändern zu müssen, zeigt das Modell «Köniz IST plus» verschiedene Verbesserungsmöglichkeiten auf:

- Gezielte Unterstützung der SK-Mitglieder und -Tandems, der SL und der Verwaltungsabteilung durch zusätzliche Ressourcen (persönell und finanziell) in den Bereichen Recht und Human Resources
- Schaffung einer verwaltungsinternen Geschäftsstelle für die Organisation und Unterstützung der SK (Sitzungsmanagement, Protokollierung, Prozessberatung, etc.), analog der aktuell seit Frühling 2024 installierten externen Geschäftsstelle
- Allenfalls zusätzliche Unterstützung der Beteiligten durch Ressourcen für Projektarbeiten (Projektplanung, -durchführung, -assistenz)
- Konsequenter Durchsetzung des Anforderungsprofils durch den Gemeinderat und das Parlament (bei der Wahl der Mitglieder)
- Gezielte obligatorische Weiterbildung der SK-Mitglieder (Einführungstage, Wiederholungskurse, Weiterbildungskurse etc.)
- Adäquatere Entschädigung der SK-Mitglieder und umgekehrt Einforderung der zugesagten Verfügbarkeit und Arbeitsleistung. Neu müsste mindestens ein 20%-Pensum gefordert und mit 25'000 CHF pro Jahr entlohnt werden (gegenüber «Köniz IST»: 6'000 CHF pro Jahr ohne Angabe einer Aufwand-Verpflichtung).

Beim Modell «Köniz IST plus» würden trotzdem grosse Fragezeichen bestehen bleiben: Eine Kommission aus Milizpersonen sollte nicht für die Personalführung einer derart grossen Fachorganisation zuständig sein. Die Gefahr ist zu gross, dass die nötige Kompetenz, Konstanz und Qualität nicht sichergestellt werden können.

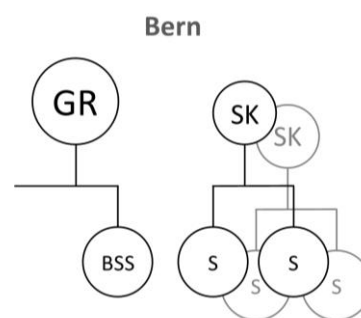
Die SK wäre weiterhin als Milizkommission in Zweierteams/Tandems konzipiert, die für Schulbezirke zuständig sind. Dies gewährleistet aufgrund der Kompetenzprofile, der Verfügbarkeit und der Fluktuation der Kommissionsmitglieder keine einheitliche, professionelle Führung und Aufsicht.

Zudem bleibt es für die Ortsparteien sehr schwierig, passende Mitglieder zu finden. In Frage kommen fast nur Personen, die Teilzeit arbeiten, Personalführungserfahrung und einen fachlichen Hintergrund im Bildungswesen haben. Eine konsequentere Durchsetzung des Anforderungsprofils erschwert diese Suche zusätzlich enorm.

### 5.3 Bern: Pro Schulbezirk eine parteipolitisch zusammengesetzte Schulkommission

Funktionsweise des Modells:

- Strategische Führung durch parteipolitisch zusammengesetzte Kommissionen (5 Mitglieder) pro Schulbezirk
- Koordination durch Konferenz aller Präsidien
- Personalführung der SL durch Kommissionspräsidien
- Stab der Kommissionen durch eigene Geschäftsstelle
- Entlöhnung Kommissionspräsidien: 20% / 25'000 CHF



Dieses Modell ähnelt demjenigen, das vor der Revision des Bildungsreglements von 2014 in der Gemeinde Köniz installiert war: Jeder Schulbezirk hatte seine eigene Schulkommission. In diesem Modell wären die SK-Präsidien für die Personalführung zuständig. Diese würden – anders als in Bern – adäquat entlöhnt.

Das Modell «Bern» weist – dies bestätigt auch die Erfahrung damit in Bern selber – grosse Fragezeichen auf: Auch hier bleibt festzuhalten, dass eine Kommission aus Milizpersonen nicht für die Personalführung einer derart grossen Fachorganisation (pro Schulkreis bis zu 10 professionelle Schulleitungen) zuständig sein sollte. Die Gefahr ist zu gross, dass die nötige Kompetenz, Konstanz und Qualität nicht sichergestellt werden können. Punktuell kann ein von einer Milizbehörde nicht leistbarer Problemlöseaufwand entstehen.

Da in diesem Modell die kommunale Aufsicht über die Schulen sogar auf mehrere Milizkommissionen aufgeteilt ist, kann eine einheitliche Führung und Aufsicht noch weniger gewährleistet werden.

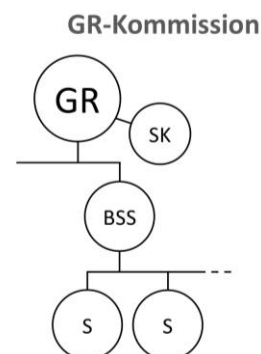
Für die Parteien wäre es sehr schwierig dafür passende Personen zu finden. In Frage kommen fast nur Personen, die Teilzeit arbeiten, Personalführungserfahrung und einen fachlichen Hintergrund im Bildungswesen haben. Eine Durchsetzung des Anforderungsprofils würde auch aufgrund der grossen Menge von zu findenden Schulkommissionsmitgliedern aussichtslos (für die Gemeinde Köniz bräuchte es mindestens 30 SK-Mitglieder, davon 6 personalführende Präsidien).

In diesem Modell würde sich der Einfluss des Parlaments, des Gemeinderats und der Verwaltung auf die Schulen gegenüber heute noch einmal stark verringern, was für keine Akteursgruppe von Interesse sein kann.

### 5.4 GR-Kommission: Verwaltungsmodell mit gemeinderätlicher Fachkommission Bildung

Funktionsweise des Modells:

- Strategische Führung durch GR
- Personalführung der SL/TSL durch Verwaltungsabteilung oder analog Geschäftsleitungs-Modell
- Fachkommission (analog Bau- und Planungskommission) berät den GR
- Der/die Bildungsdirektor/in hat den Vorsitz der Kommission.
- Die Kommission hat Antragsrecht an den GR.



Dieses Modell mit einer gemeinderätlichen (Experten)Kommission entspräche der Struktur im Verwaltungsbereich Bau und Planung in der Gemeinde Köniz: Hier wählt der Gemeinderat eine Bau- und Planungskommission aus Fachexpert:innen, die durch den Vorsteher der Direktion Planung und Verkehr geleitet wird und dem Gemeinderat beratend (bei Bauvorhaben und vor allem bei der Beurteilung von Baugesuchen) zur Seite steht.

Dieses Modell gehört zu den Verwaltungsmodellen, weil die Personalführung der SL und TSL durch die Verwaltungsabteilung sichergestellt würde. Wie bei allen Verwaltungsmodellen gilt,

dass für die Besetzung von Führungsfunktionen Anforderungsprofile erstellt werden. Dabei würden hier sicher pädagogische Kompetenzen und Führungskompetenzen verlangt, je nach Aufgabengebiet auch weitere Kompetenzen (Finanzen, etc.).

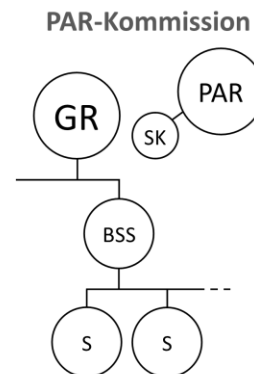
Wie ein solches Modell im Bildungsbereich funktionieren würde, darüber gibt es keine Erfahrungen, da ein solches Modell im Kanton Bern für den Schulbereich nirgends angewandt wird. Wahrscheinlich würde eine solche Dopplung der Expertise – die Verwaltung besteht ja auch bereits aus Fachpersonen und Bildungsexpert:innen – als schwierig angesehen. Auf der anderen Seite könnte eine Fachkommission die Expert:innen in der Verwaltung auch fachlich stützen.

Bei diesem Modell würden Parlament, Gemeinderat und Verwaltungsabteilung wegen der Verlagerung der Personalführung in die Verwaltung wie bei allen Verwaltungsmodellen stufengerecht Einfluss auf den Schulbereich gewinnen. Die demokratische Einflussnahme würde analog den anderen Politikbereichen funktionieren. Für den Gemeinderat stellt sich aber die Frage, was damit gewonnen werden könnte: Eine Schulkommission im engeren Sinn gäbe es trotzdem nicht mehr. Die Verbindung zu den Ortsparteien wäre nicht mehr vorhanden. Die Kommission wäre nur noch in Fachkreisen verankert, aber nicht in der Könizer Bevölkerung.

## 5.5 PAR-Kommission: Verwaltungsmodell mit parlamentarischer Bildungskommission

Funktionsweise des Modells:

- Strategische Führung durch GR
- Personalführung der SL/TSL durch Verwaltungsabteilung oder analog Geschäftsleitungs-Modell
- Eine parlamentarische Bildungskommission (analog Finanzkommission) berät den GR und berät PAR-Geschäfte vor.



Dieses Modell mit einer parlamentarischen Kommission entspräche der Struktur im Verwaltungsbereich Finanzen in Köniz: Hier wählt das Parlament aus seinen Mitgliedern eine Finanzkommission. Diese berät Finanzgeschäfte des Parlaments vor und wird vom Gemeinderat bei der Erarbeitung der finanzstrategischen Dokumente einbezogen.

Dieses Modell gehört zu den Verwaltungsmodellen, weil die Personalführung der SL und TSL durch die Verwaltungsabteilung sichergestellt würde. Wie bei allen Verwaltungsmodellen gilt, dass für die Besetzung von Führungsfunktionen Anforderungsprofile erstellt werden. Dabei würden hier sicher pädagogische Kompetenzen und Führungskompetenzen verlangt, je nach Aufgabengebiet auch weitere Kompetenzen (Finanzen, etc.). Denkbar wäre auch ein Führungsorganigramm wie im Modell «Geschäftsleitung».

Wie ein solches Modell im Bildungsbereich funktionieren würde, dazu gibt es keine Erfahrungswerte, da ein solches Modell im Kanton Bern für den Schulbereich nirgends angewandt wird. Ein mögliches Fragezeichen wäre allenfalls, dass diese parlamentarische Bildungskommission nur sehr wenige Entscheidungskompetenzen hätte. Sie könnte die Erarbeitung der strategischen Dokumente nur begleiten. Als vorberatende Kommission für Parlamentsgeschäfte im Bereich Bildung käme sie wohl höchstens einmal pro Jahr zum Zug, da es nur wenige Geschäfte im Bildungsbereich in Parlamentskompetenz gibt. Um der Kommission etwas mehr Gewicht zu verleihen, müsste ihr wohl folgerichtig die Aufsicht über die Schulverwaltung übertragen werden. Dies wäre allerdings ungewöhnlich, denn bei allen anderen Verwaltungsbereichen ist die GPK die Aufsichtskommission. Wie sich diese beiden Kommissionen miteinander arrangieren würden, ist offen.

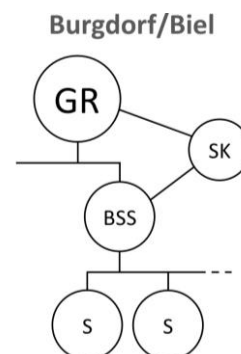
Bei diesem Modell würden Parlament, Gemeinderat und Verwaltungsabteilung wegen der Verlagerung der Personalführung in die Verwaltung wie bei allen Verwaltungsmodellen stufengerecht Einfluss auf den Schulbereich gewinnen. Die demokratische Einflussnahme würde analog den anderen Politikbereichen funktionieren. Der Gemeinderat sieht allerdings keinen Mehrwert in dieser zusätzlichen Kommission. Der Einfluss des Parlaments und der Parteien ist über die normalen Instrumente genügend gesichert.



## 5.6 Burgdorf/Biel mit Entscheidungskompetenzen: Verwaltungsmodell mit parteipolitisch zusammengesetzter Bildungscommission

Funktionsweise des Modells:

- Strategische Führung durch parteipolitisch zusammengesetzte und vom PAR gewählte Kommission in Zusammenarbeit mit dem GR
- Die Bildungscommission entscheidet über strategische Geschäfte ohne Finanzfolgen selbst.
- Bei Geschäften mit Finanzfolgen entscheidet der GR. Die Bildungscommission erhält die Möglichkeit zur Stellungnahme.
- Personalführung der SL/TSL durch Verwaltungsabteilung oder analog Geschäftsleitungs-Modell



In Burgdorf, Biel und in Steffisburg ist seit mehreren Jahren eine Form des Verwaltungsmodells implementiert. Die SL und TSL werden personell und fachlich über die Verwaltung geführt. Dies allerdings mit sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen: In Burgdorf führt die Leiterin Volksschule acht SL und drei TSL, in Biel hingegen führt der Abteilungsleiter direkt mehr als 40 SL. In beiden Gemeinden existiert auch eine Bildungscommission, die für strategische Fragen zuständig ist. Gemäss Rückfragen bei den Beteiligten in diesen Gemeinden funktioniert dieses Modell für sie gut. Es erfolgte aber offenbar bis dato keine systematische Evaluation.

Wie bei allen Verwaltungsmodellen gilt, dass für die Besetzung von Führungsfunktionen Anforderungsprofile erstellt werden. Dabei würden hier sicher pädagogische Kompetenzen und Führungskompetenzen verlangt, je nach Aufgabengebiet auch weitere Kompetenzen (Finanzen, etc.).

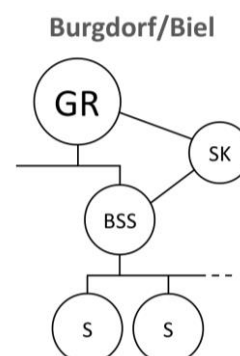
Weil in diesem Modell weiterhin eine Bildungscommission mitwirkt, müssten die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung der verschiedenen Instanzen sehr sorgfältig definiert werden. Speziell heikel wäre es, der Bildungscommission nur wenige reale Kompetenzen zuzuordnen. Gremien mit wenig Kompetenzen haben oft nachteilige Auswirkungen auf das Selbstwirksamkeitserleben der Kommissionsmitglieder (Missverhältnis von Aufwand zu Ertrag).

Bei diesem Modell würden Parlament, Gemeinderat und Verwaltungsabteilung wegen der Verlagerung der Personalführung in die Verwaltung wie bei allen Verwaltungsmodellen stufengerecht Einfluss auf den Schulbereich gewinnen. Zu beachten ist weiter, dass die klare Abgrenzung der jeweiligen Kompetenzen in einem solchen Modell anspruchsvoll wäre und ein erhöhtes Konfliktrisiko mit sich bringen könnte. Dies gilt grundsätzlich auch für die im folgenden beschriebenen Modelle unter 5.7 und 5.8.

## 5.7 Burgdorf/Biel mit Recht zur Stellungnahme: Verwaltungsmodell mit parteipolitisch zusammengesetzter Bildungscommission

Funktionsweise des Modells:

- Strategische Führung durch den GR in Zusammenarbeit mit einer parteipolitisch zusammengesetzten und vom PAR gewählten Kommission
- Bei allen strategischen Geschäften entscheidet der GR. Die Bildungscommission erhält die Möglichkeit zur Stellungnahme.
- Personalführung der SL/TSL durch Verwaltungsabteilung oder analog Geschäftsleitungs-Modell



Dieses Modell unterscheidet sich geringfügig vom vorher dargestellten. Denn der Einfachheit und Stringenz halber könnte die Bildungscommission auch grundsätzlich nur als stellungnehmende Behörde konzipiert werden. Alle Abläufe bei allen Geschäften würden dann den gleichen Weg nehmen: Die Bildungscommission nimmt Stellung zu allen bildungsbezogenen Geschäften der Direktion.

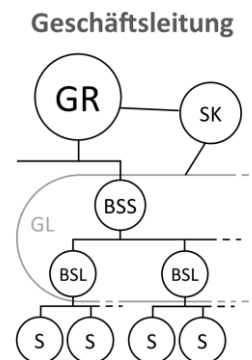
Dieses Modell wäre zwar stringenter als dasjenige mit einer Kommission nach Vorbild von Burgdorf/Biel mit einigen wenigen Entscheidungskompetenzen, aber hätte neben den vollständig

wegfallenden Entscheidungskompetenzen auch alle Nachteile des vorher genannten Modells. Speziell ist zu befürchten, dass es nachteilige Auswirkungen auf das Selbstwirksamkeitserleben der Kommissionsmitglieder hätte (Missverhältnis von Aufwand zu Ertrag). Ein solches Modell wird nirgends im Kanton Bern angewandt.

## 5.8 Geschäftsleitung: Verwaltungsmodell mit parteipolitisch zusammengesetzter Bildungskommission. Führung der SL durch Bezirks-SL

Funktionsweise des Modells:

- Strategische Führung durch parteipolitisch zusammengesetzte und vom PAR gewählte Kommission in Zusammenarbeit mit dem GR
- Entscheidungskompetenzen analog Kapitel 5.6 und 5.7, wobei beide Varianten denkbar sind.
- Personalführung der SL/TSL durch Verwaltungsabteilung mit Zwischenstufe Bezirks-SL.
- Verwaltung und Bezirks-SL bilden die Geschäftsleitung.



Dieses Modell weist grosse Ähnlichkeiten mit den Modellen «Burgdorf/Biel» auf, insofern als die Personalführung der SL und TSL nicht mehr bei der Milizkommission angesiedelt wäre, sondern in der Verwaltung. Der Unterschied zu den Modellen «Burgdorf/Biel» bestünde darin, dass für die direkte Führung der SL und TSL pro Schulbezirk durch eine aufgewertete Bezirks-SL erfolgen würde. Diese sechs Bezirks-SL würden zusammen mit der Abteilungsleitung (die wiederum ihre vorgesetzte Person wäre) eine Art Geschäftsleitung bilden. Die Geschäftsleitung würde koordinative Funktionen übernehmen und die Schulen operativ führen.

Wie bei allen Verwaltungsmodellen gilt, dass für die Besetzung von Führungsfunktionen Anforderungsprofile erstellt werden. Dabei würden hier sicher pädagogische Kompetenzen und Führungskompetenzen verlangt, je nach Aufgabengebiet auch weitere Kompetenzen (Finanzen, etc.).

Wie ein solches Modell im Bildungsbereich funktionieren würde, dazu gibt es keine Erfahrungswerte, da ein solches Modell im Kanton Bern für den Schulbereich nirgends angewandt wird.

Weil auch in diesem Modell weiterhin eine Bildungskommission mitwirkt, müssten die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung der verschiedenen Instanzen sehr sorgfältig definiert werden. Speziell heikel wäre es, der Bildungskommission nur wenige reale Kompetenzen zuzuordnen. Gremien mit wenig Kompetenzen haben oft nachteilige Auswirkungen auf das Selbstwirksamkeitserleben der Kommissionsmitglieder.

Das Geschäftsleitungsmodell wäre auch eine mögliche Organisationsform für folgende Modelle (anstelle einer direkten Verwaltungsorganisation):

- GR-Kommission (allerdings bestünde die Gefahr von zu vielen fachlich ähnlich kompetenten Instanzen)
- PAR-Kommission
- Ohne Kommission

Bei diesem Modell würden Parlament, Gemeinderat und Verwaltungsabteilung wegen der Verlagerung der Personalführung in die Verwaltung wie bei allen Verwaltungsmodellen stufengerecht Einfluss auf den Schulbereich gewinnen.

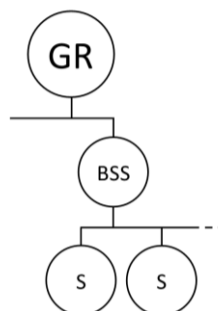
## 5.9 Ohne Kommission: Verwaltungsmodell ohne Bildungskommission

Funktionsweise des Modells:

- Strategische Führung durch GR
- Personalführung der SL/TSL durch Verwaltungsabteilung
- Keine spezifische Bildungskommission

Dieses Modell wird vom Gemeinderat als Zukunftsmodell für die Gemeinde Köniz vorgeschlagen. Es wird weiter oben im Kapitel 4 ausführlich besprochen.

Ohne Kommission



## 6. Empfehlungen der NPK BS und Reaktion des Gemeinderates

In ihrer Rückmeldung an den Gemeinderat vom 14. Mai 2025 hat die NPK BS zu dem vom Gemeinderat vorgeschlagenen Modell einige Vorbehalte angebracht und konkrete Aufträge zur Anpassung formuliert. Im Folgenden wird dargestellt, in welchen Punkten der Gemeinderat diese Empfehlungen aufgenommen hat.

### 6.1 Zuordnung strategischer Kompetenzen

#### Entscheid über Bildungsstrategie

Die NPK empfahl dem Gemeinderat, den Entscheid über die Bildungsstrategie dem Parlament statt dem Gemeinderat zuzuordnen. Dieser Hinweis betrifft die Zeile A1 in der Tabelle im Anhang des Bildungsreglements.

Der Gemeinderat diskutierte über diese Empfehlung und kam zum Schluss, dass die Zuweisung dieser Kompetenz an das Parlament systemfremd wäre. Vergleichbare strategische Instrumente wie die Klima- und Energiestrategie (Klimaschutzreglement Art. 5 Abs. 1) oder die Wirtschafts-, Digitalisierungs- oder die Wohnstrategie werden ebenfalls durch den Gemeinderat beschlossen. Das Parlament nimmt seine Aufsichtsfunktion über periodische Berichterstattung wahr (jährlich im Rahmen des Jahresberichts über die Zielerreichung und alle vier Jahre in einem separaten Bericht gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit). Für die Bildungsstrategie erscheint dem Gemeinderat dieselbe Lösung sachgerecht, weshalb sie im Reglementsentwurf so aufgeführt ist. Die Bildungsstrategie würde demnach vom Gemeinderat beschlossen und anschliessend dem Parlament zur Kenntnisnahme unterbreitet. In diesem Rahmen hat das Parlament zudem die Möglichkeit, mittels Planungserklärungen zusätzliche Punkte einzubringen, welche bei der Umsetzung Richtliniencharakter haben.

#### Unterrichtsmodelle Zyklus 3 und spezSek-Niveau

Die NPK regte weiter an, dem Parlament bei gemeindeweit relevanten Veränderungen des Bildungsangebots die Entscheidkompetenz zuzuweisen. Als Beispiel nennt die NPK den spezSek-Unterricht an allen Oberstufen. Dieser ist grundsätzlich eng verknüpft mit der Frage des Oberstufenmodells. Aus der Sicht des Gemeinderates kann diese Entscheidkompetenz grundsätzlich dem Parlament übertragen werden, obwohl auch hier sinnvollerweise die Exekutive selbst entscheiden können sollte. Denn viele dieser Entscheide sind dynamisch und die Gemeinde hat z. B. bei Oberstufenmodellen nicht in jedem Fall freie Wahl, da die für die Modelle massgebenden Lektionen- und Klassenzahlen stark von den Schülerinnen- und Schülerzahlen abhängen, welche nach kantonalen Vorgaben und Zuteilungen (vgl. Richtlinien für die Schülerzahlen<sup>3</sup>) festgelegt werden. Aufgrund des politischen Hintergrunds zum Thema spezSek findet der Gemeinderat es aber in diesem Fall angemessen, dem Parlament ein explizites Mitspracherecht einzuräumen. Der Gemeinderat hat auch grundsätzlich kein Interesse daran, solche Entscheide entgegen der Haltung einer Mehrheit im Parlament zu fassen, da der Erfolg eines Modellwechsels ohnehin auf eine breite Zustimmung der Betroffenen aufgebaut werden muss. Der Weg über das Parlament ist damit einzig ein zeitlicher Umweg von einigen Monaten. Dies ist verkraftbar, da solche Modellwechsel immer einen grossen Vorlauf brauchen.

<sup>3</sup> [Richtlinien für die Schülerzahlen](#), BKD

Eine Unterscheidung zwischen gemeindeweiten Beschlüssen und auf Einzelschulen bezogene Beschlüsse (wie von der NPK angeregt) ist hier allerdings nicht sinnvoll und würde zu Unklarheiten führen. So muss es z. B. unbedingt möglich bleiben, dass unterschiedliche Schulen auch unterschiedliche Oberstufenmodelle führen können. Folglich sind im Reglementsentswurf alle Entscheidkompetenzen in Bezug auf Oberstufenmodelle wie auch die in der Oberstufe angewandten Niveaus (Real, Sek, spezSek) dem Parlament zugeordnet, nicht nur die «gemeindeweiten».

Im vorgelegten Reglementsentswurf ist der Artikel 5, der bisher die Unterrichtsmodelle auf der Oberstufe regelte, zur kompletten Streichung vorgeschlagen. Er enthält heute eine genaue Auflistung der Schulbezirke mit ihren Oberstufenmodellen. Diese werden seit längerer Zeit nicht in jedem Fall mehr so gelebt. So führt heute nur noch das Oberstufenzentrum Köniz das Modell 3a mit getrennten Klassen (Real, Sek- und spezSek), das im Absatz 2 beschrieben wird. Alle anderen Oberstufenschulen führen das Modell 3b mit gemischten Stammklassen (im Absatz 1 beschrieben). Anstatt im neuen Reglement wieder für jede Schule das Modell festzuschreiben, schlägt der Gemeinderat vor, in Zukunft über die Wechsel der Modelle entscheiden zu lassen. Da aktuell kein Wechsel geplant ist, werden alle Schulen ihr Modell vorläufig weiterführen. Wenn in einer Schule das Modell geändert werden soll, wird der Gemeinderat dies dem Parlament inklusive der nötigen Entscheidungsgrundlagen zum Beschluss vorlegen. Ebenso würde eine Veränderung der Handhabung der Niveaus (Real, Sek, spezSek) dem Parlament zum Beschluss beantragt werden.

### **Übernahme freiwilliger Aufgaben**

Auch den Entscheid über die Übernahme freiwilliger Aufgaben möchte die NPK dem Parlament statt dem Gemeinderat zuweisen. Grundsätzlich hat die Gemeinde im Bildungsbereich nur beschränkt Spielraum für freiwillige Aufgaben, da sehr viel kantonale Regelung ist. Seitens des Gemeinderates bestehen aber keine Einwände gegen eine solche Regelung, obwohl für diese Beschlüsse wahrscheinlich auch die bestehenden Regelungen über die Finanzkompetenzen ausreichen würden. Denn in der Regel sind freiwillige Leistungen mit relativ Kosten verbunden und unterstehen damit meistens ohnehin der Budgetkompetenz des Parlaments. Der Gemeinderat geht davon aus, dass das Parlament damit über freiwillige Aufgaben entscheiden möchte, die mit grösseren Kostenfolgen verbunden sind. Dies ist nun so im Anhang zum Reglementsentswurf umgesetzt.

### **Schulleitungskonferenz, Tagesschulleitungskonferenz und Stellung der Tagesschulen**

Gemeinderat und NPK BS sind sich einig, dass diese Reform der Bildungssteuerung auch die Tagesbetreuung aufwerten soll. Die SLK ist heute ein sehr wichtiges Gremium und wird es auch im neuen Steuerungsmodell bleiben. Dies gilt auch für die TSLK. Neu werden SL und TSL auf der gleichen Hierarchiestufe stehen und alle direkt der neuen Stelle «Leitung Volksschule» unterstellt werden. Die Leitung Volksschule führt auch die beiden Konferenzen (bereits heute hat die Abteilungsleitung eine wichtige Stellung bei der Planung und Traktandierung der SLK- und TSLK-Sitzungen). Deshalb sind im Reglementsentswurf nun beide Konferenzen gleich geregelt (Art. 20 und 21).

Auf den Wunsch der NPK hin, die SLK als starkes Gremium für den wertvollen bezirksübergreifenden Austausch beizubehalten, ging der Gemeinderat gerne insofern ein, als er beiden Konferenzen ein Recht zur Stellungnahme bei sie betreffenden Anträgen der Abteilung an den Gemeinderat einräumt (jeweils Abs. 5). So können die Konferenzen im Fall von Unstimmigkeiten mit der Leitung Volksschule dem Gemeinderat vor Beschlüssen ihre eigene Ansicht darlegen. Damit erhalten diese Gremien ein starkes Mitbestimmungsrecht, ohne dass die neue hierarchische Unterstellung unter die Leitung Volksschule kompromittiert wird.

Der Absatz über das Abstimmungsprozedere (für die SLK bisher Abs. 5) wird durch eine umfassende Geschäftsordnung ersetzt.

Im gesamten Reglementsentswurf sind nun die Kompetenzen und die Unterstellung der TSL in ihrem Themenbereich denjenigen der SL gleichgestellt. Der Gemeinderat erachtet dies angesichts des grossen Wachstums und der Wichtigkeit der Tagesbetreuung als innovative und zeitgemässe Neuerung.

## **7. Konstruktionsweise der Erlasse**

Im vorgelegten Reglementsentswurf wird eine neue Darstellung der Entscheidkompetenzen und Antragsrechte in Form einer Tabelle vorgeschlagen. Mit dieser Darstellung kann der grossen Komplexität und Anzahl der Aufgaben der Volksschule besser entsprochen werden. Das Bildungsreglement wird damit entschlackt und besser lesbar.

Die Tabelle im Anhang ähnelt einem Funktionendiagramm, enthält aber ausschliesslich die Entscheidkompetenzen (Buchstabe E) und Antragsrechte (Buchstaben A). Übliche weitere Buchstaben aus Funktionendiagrammen (Mitwirkung/Mitarbeit, Information/Kommunikation, etc.) gehören nicht auf diese Regelungs-Stufe.

Die fetten Tabellen-Einträge sind wichtig, sie werden durch das Parlament festgelegt und geändert, sie stehen somit auf Stufe Reglement.

Die nicht-fetten Tabellen-Einträge werden durch den Gemeinderat festgelegt und geändert, sie stehen somit auf Stufe Verordnung.

Der Einfachheit halber sind die Zuständigkeitsregelungen in einer einzigen Tabelle zusammengefasst. Die Tabelle ist Anhang des Reglements und auch Anhang der Verordnung. Änderungen werden immer in beiden Anhängen nachgetragen.

## **8. Weitere, nicht direkt steuerungsrelevante Änderungen im Bildungsreglement**

Der Hauptfokus der vorliegenden Anpassung des Bildungsreglements lag durchgehend auf der Frage der Steuerungsrelevanz. Bei jeder einzelnen Bestimmung wurde geprüft, ob sie einen direkten Einfluss auf die künftige Führungs- und Entscheidungsstruktur im Bildungsbereich hat. Nur wenn dies zutraf, wurde die entsprechende Regelung angepasst.

Gleichzeitig bot sich die Gelegenheit, dem Parlament zusammen mit der Änderung der Bildungssteuerung auch einige wenige überarbeitungswürdige Artikel vorzulegen, die nicht direkt damit in Zusammenhang stehen. Das gültige Bildungsreglement ist seit längerer Zeit in Kraft, und naturgemäss stimmen nach dieser Zeitspanne nicht mehr alle Aussagen vollständig mit der Realität überein. In der beiliegenden Synopse sind deshalb auch Anpassungen dargestellt, die ausserhalb des eigentlichen Steuerungsprojekts liegen. Neben redaktionellen Bereinigungen betrifft dies vor allem die überholte Regelung zur Ganztageschule Oberscherli (Art. 37b). Diese Einrichtung existiert im Sinne einer heutigen, allgemein gültigen Definition von Ganztageschulen nicht mehr. Ebenso werden die Bestimmungen in Art. 39 zum Ferienheim Kandersteg aus dem Reglement gestrichen.

## **9. Weiterer Handlungsbedarf im Bildungsreglement nach einer allfälligen Änderung der Bildungssteuerung**

Wie im vorangehenden Kapitel beschrieben, fokussiert die vorliegende Anpassung des Bildungsreglements ausschliesslich auf die Neuordnung der Steuerung im Bildungsbereich. In einer nächsten Etappe wird es jedoch notwendig sein, weitere Themen innerhalb des Bildungsreglements einer inhaltlichen Revision zu unterziehen.

Besonderes Augenmerk gilt dabei aus Sicht des Gemeinderates den Bestimmungen über die Tagesschulen (Art. 37a bis 37e). Diese wurden im Rahmen der aktuellen Revision bewusst unverändert belassen, um die dringend notwendige Anpassung der Steuerungsstrukturen nicht zu verzögern. Bereits heute ist jedoch absehbar, dass die Tagesschulen aufgrund ihres stark gewachsenen Stellenwerts und der damit verbundenen organisatorischen und pädagogischen Herausforderungen einer umfassenden Überarbeitung bedürfen.

Der Gemeinderat hat dazu im August 2024 eine externe Analyse durch die Pädagogische Hochschule Bern in Auftrag gegeben. Der entsprechende Bericht hält fest, dass die Tagesschulen der Gemeinde Köniz eine «umfassende Überarbeitung der Strukturen, der Kultur und der strategischen Ausrichtung» erfordern, um die Qualität der Betreuung zu stärken, die Arbeitsbedingungen für das Personal zu verbessern und die Zusammenarbeit zwischen Schule, Tagesschule und weiteren Angeboten der Gemeinde zu optimieren.

Auf dieser Grundlage hat der Gemeinderat die Abteilung BSS beauftragt, ein Projekt zur Weiterentwicklung der Tagesschulen zu lancieren. Ziel dieses Projekts ist es, das Leistungsfeld «Führung von Tagesschulen» sowie das Angebot, die pädagogischen Grundsätze und die organisatorischen Rahmenbedingungen in einer systematisch aufgebauten Rechtsgrundlage zu definieren. Das Projekt soll unmittelbar nach dem Entscheid über die künftige Ausgestaltung der

Bildungssteuerung vom Gemeinderat in Auftrag gegeben werden. Mit einer Inkraftsetzung der neuen Regelungen ist frühestens auf das Schuljahr 2027/28 zu rechnen.

Der Abschluss des Projekts wird eine Anpassung des Bildungsreglements erforderlich machen. Damit zeichnet sich bereits heute ab, dass das Bildungsreglement nach einer allfälligen Änderung der Bildungssteuerung zeitnah durch eine inhaltliche Überarbeitung im Bereich der Tagesschulen ergänzt und weiterentwickelt werden muss.

## **10. Geringfügige Änderung im Geschäftsreglement des Parlaments**

Mit der Änderung des Bildungsreglements muss konsequenterweise auch eine kleine Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments vorgelegt werden. Art. 25 Abs. 1 des Geschäftsreglement ist aufzuheben, da dort die Schulkommission erwähnt wird (Beilage 3).

## **11. Finanzen**

Die Umsetzung eines Steuerungsmodells ohne Kommission führt dazu, dass die Personalführung der Schulleitungen und Tagesschulleitungen künftig vollständig in der Verwaltung verankert ist. Damit verbunden ist ein zusätzlicher Personalaufwand, dessen genauer Umfang im weiteren Verlauf noch zu definieren ist. Für die künftig hauptverantwortliche Leitungsperson der Volksschule ist dabei mit jährlichen Kosten von rund CHF 170'000 zu rechnen. Darüber hinaus ist im Zusammenhang mit der Führung von insgesamt 22 Schulleitungs- und 11 Tagesschulleitungspersonen mit weiterem personellem Aufwand zu rechnen. Der konkrete Bedarf an zusätzlichen Führungspersonen, Führungsunterstützung sowie Sachbearbeitung hängt von der endgültigen Aufbau- und Ablauforganisation ab und wird vom Gemeinderat im Zuge der weiteren Arbeiten festgelegt. Über die damit verbundenen Kosten entscheidet der Gemeinderat im Rahmen seiner Zuständigkeit. Diese werden wie üblich über den Budgetprozess oder über Nachkredite behandelt und dem Parlament im Zuge der jährlichen Budgetberatung transparent ausgewiesen.

## **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Parlament beschliesst gemäss vorgelegtem Entwurf die Änderungen des Bildungsreglements, die die Einführung des Steuerungsmodells ohne Bildungskommission vorsehen.
2. Das Parlament beschliesst die Inkraftsetzung des geänderten Bildungsreglements auf den 1.8.2026.
3. Das Parlament beschliesst die Änderung des Geschäftsreglements des Parlamentes gemäss vorgelegtem Entwurf.
4. Die Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments tritt am 1. August 2026 in Kraft.

Köniz, 6. August 2025

Der Gemeinderat

## **Beilagen**

- 1) Broschüre Bildungsreglement mit Anhang (nur zur Veranschaulichung)
- 2) Änderungsvorlage / Entwurf Bildungsreglement (Synopse, zweispaltig)
- 3) Änderungsvorlage / Entwurf Geschäftsreglement des Parlaments (Art. 25)
- 4) Entwurf Bildungsverordnung (zur Information)

## **Bildungsreglement**

**Entwurf der fertigen Broschüre,  
nur zur Veranschaulichung.  
Vom Parlament beschlossen  
wird die Synopse.**

**13. Februar 2006**  
**mit Änderungen bis (15. September 2025)**

---

## **Chronologie**

### **Erlass**

Beschluss des Parlaments vom 13. Februar 2006; Inkrafttreten am 1. August 2006 (siehe Art. 44 des Reglements).

### **Änderungen**

Änderung vom 26. April 2006 (Bezeichnungen) durch Verwaltungsorganisationsverordnung; Inkrafttreten am 1. August 2006 (siehe GRB 252/06 vom 26. April 2006).

Änderung vom 22. Juni 2009 (Art. 2, 5, 5bis, 6, 9, 10, 12, 13, 21bis, 23, 24, 33–35, 37a–37e, 40); Inkrafttreten am 1. August 2009 (siehe Beschluss vom 22. Juni 2009).

Änderung vom 21. März 2011 (Art. 25) durch Personalreglement vom 21. März 2011; Inkrafttreten am 1. Januar 2012 (siehe Art. 84 des Personalreglements vom 21. März 2011).

Änderung vom 20. August 2012 (Art. 2, 19, 21, 21bis, 22, 25, 26, 27 Abs. 1 und 2, 28, 31, 38, 41 sowie Gliederungstitel), Inkrafttreten am 1. Januar 2013; (Art. 8, 11, 23), Inkrafttreten am 1. August 2013; (Art. 4, 5, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 15bis, 17, 18, 20, 22bis, 24, 27 Abs. 3, 29, 30, 36, 37c, 37d, 37e, 40 sowie Gliederungstitel), Inkrafttreten am 1. August 2014; (Inkrafttreten siehe Beschluss vom 20. August 2012).

Änderung vom 2. November 2016 (Art. 11, 42); Inkrafttreten am 1. Januar 2017 (siehe GRB 609/16 vom 2. November 2016).

Änderung vom 5. November 2018 (Art. 2, Art. 37f, Art. 37g, Art. 37h sowie Gliederungstitel); Inkrafttreten am 1. Dezember 2018 (siehe Beschluss vom 5. November 2018).

Änderung vom 6. Dezember 2021 (Art. 2, 5, 16, 46); Inkrafttreten am 1. August 2024 (siehe Beschluss vom 6. Dezember 2021).



**Inhaltsverzeichnis****Art.****I. Zweck**

Zweck .....	1
-------------	---

**II. Organisation**

Bildungswesen.....	2
--------------------	---

**III. Volksschule**

Ziele .....	3
Bezirke und Einzugsgebiete .....	4
Besondere Klassen / Erweiterte Unterstützung .....	5bis
Schule Thörishaus .....	6
Schulbesuch ausserhalb der Wohngemeinde.....	7
Schuleingangsstufe .....	8
Schulorgane und -gremien .....	9
Zuständigkeiten, Grundsätze .....	9a

**VI. Elternmitwirkung und Schülerinnen- und Schülermitsprache**

Elternmitwirkung .....	17
Schülerinnen- und Schülermitsprache .....	18

**VII. Konferenzen und Ausschüsse**

Konferenz der Schulsportleiterinnen und Schulsportleiter .....	19
Konferenz der Schulleiterinnen und Schulleiter.....	20
Konferenz der Tagesschulleiterinnen und Tagesschulleiter.....	21
Konferenz der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter .....	21bis

**VIII. Weitere Schulorgane und -gremien**

Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BSS).....	22
Leitung der Schulen .....	23
Koordinationsstelle für besondere Förderung Köniz (KSK).....	24
Personal in Schulen.....	25

**IX. Bibliothekswesen**

Öffentliche Bibliotheken .....	26
Schulbibliotheken .....	27

**X. Musikschule**

Musikschule .....	28
-------------------	----

**XI. Gesundheits- und Sozialdienst**

Schulärztlicher Dienst.....	29
Schulzahnärztlicher Dienst.....	30

Schulsozialarbeit.....	31
------------------------	----

## **XII. Soziale Einrichtungen**

Beiträge an die Kosten von Schulveranstaltungen .....	32
Ferienlager .....	36
Besondere Schulveranstaltungen.....	37

## **XIIa. Tagesschulen**

Grundsätze .....	37a
Personal.....	37c
Elterngebühren .....	37d
Weisungen der Schulkommission.....	37e

## **XIIb. Besondere Volksschule Köniz**

Grundsätze .....	37f
Leitung der Sonderschule .....	37g
Personal.....	37h

## **XIIc. Benützung der Schul- und Sportanlagen**

Verordnung des Gemeinderats.....	37i
----------------------------------	-----

## **XIII. Erwachsenenbildung**

Erwachsenenbildung .....	38
--------------------------	----

## **XV. Schulsport und freiwillige Kurse**

Freiwilliger Schulsport .....	40
Freiwillige Kurse .....	41

## **XVI. Allgemeine Bildungsbestrebungen**

Allgemeine Bildungsbestrebungen .....	42
---------------------------------------	----

## **XVII. Rechtspflege**

Rechtspflege.....	43
-------------------	----

## **XVIII. Übergangs- und Schlussbestimmungen**

Inkrafttreten .....	44
Allgemeines.....	45
Übergangsbestimmung zur Änderung vom 15. September 2025 .....	47

VERANSCHAULICHUNG

Das Parlament von Köniz, gestützt auf Art. 44 und 50 der Gemeindeordnung, beschliesst folgendes

## **Bildungsreglement<sup>1</sup>**

### **I. Zweck**

#### **Art. 1**

Zweck

Dieses Reglement regelt im Rahmen der kantonalen Gesetzgebung das Bildungswesen der Gemeinde Köniz.

### **II. Organisation**

#### **Art. 2**

Bildungswesen

Das Bildungswesen der Gemeinde Köniz umfasst:

- die Kindergärten,
- die Schulen der Primarstufe,
- die Schulen der Sekundarstufe I,
- ...<sup>2</sup>
- die Tagesschulen<sup>3</sup>,
- die besondere Volksschule Köniz<sup>4</sup>,
- das Bibliothekswesen<sup>5</sup>,
- die Musikschule,
- die Erwachsenenbildung,
- die weiteren Bildungseinrichtungen.

---

<sup>1</sup> Die Bezeichnungen sind im ganzen Erlass an die geltende Gemeindeorganisation angepasst (Verwaltungsorganisationsverordnung vom 26. April 2006).

<sup>2</sup> Aufgehoben am 6. Dezember 2021

<sup>3</sup> Eingefügt am 22. Juni 2009

<sup>4</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>5</sup> Fassung vom 20. August 2012

### III. Volksschule<sup>6</sup>

#### Art. 3

Ziele

Für die Volksschule der Gemeinde Köniz gelten folgende Ziele:

- a) Die Schulen sind teilautonom. Sie decken die Bedürfnisse ihres Einzugsgebietes ab.
- b) Die Schulen reagieren auf gesellschaftliche Veränderungen.
- c) Die Schulen werden durch eine Schul-leitung (Bereich Unterricht) und eine Tages-schulleitung (Bereich Betreuung) ge-leitet und päda-go-gisch geführt.<sup>7</sup>
- d) Die Schulen arbeiten in ihrem Kerngeschäft „Unterricht, Er-ziehung und Betreuung“ nachhaltig.<sup>8</sup>
- e) Die Schulen arbeiten in den Bereichen Führung, Pädagogik, Organisation und Administration effizient zusammen.

Die Schulen sind vernetzt. Sie arbeiten sowohl in ihren Oberstufenkreisen, als auch gemeindeweit optimal zusammen.

#### Art. 4

Bezirke und  
Einzugsgebiete

<sup>1</sup> In der Gemeinde bestehen folgende Schulbezirke:<sup>9</sup>

- Köniz/Schliern,
- Liebefeld,
- Spiegel,
- Wabern,
- Obere Gemeinde,
- Wangental.

<sup>2</sup> ...<sup>10</sup>

<sup>3</sup> Kinder können zum Ausgleich der Schülerzahlen oder auf Gesuch hin einem anderen Bezirk zugeteilt werden.<sup>11</sup>

<sup>4</sup> ...<sup>12</sup>

<sup>5</sup> ...<sup>13</sup>

<sup>6</sup> Gliederungstitel Fassung vom 15. September 2025

<sup>7</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>8</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>9</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>10</sup> Aufgehoben am 15. September 2025

<sup>11</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>12</sup> Aufgehoben am 15. September 2025

<sup>13</sup> Aufgehoben am 15. September 2025

**Art. 5<sup>14</sup>**

...

**Art. 5bis<sup>15</sup>**

Besondere  
Massnahmen /  
Erweiterte  
Unterstützung

Integrative Schulung ist die Regel. Es können besondere Klassen geführt werden.

**Art. 6**

Schule  
Thörishaus

- 1 Die Schule und die Kindergärten in Thörishaus werden gemeinsam mit der Gemeinde Neuenegg geführt.
- 2 Der Gemeinderat schliesst mit der Gemeinde Neuenegg diesbezügliche Verträge ab.
- 3 Der Vertrag regelt das Vorschlagsrecht für den Sitz der Gemeinde Köniz in der Schulkommission Neuenegg. Die Wahl erfolgt durch den Gemeinderat.<sup>16</sup>

**Art. 7<sup>17</sup>**

...

**Art. 8<sup>18</sup>**

Schuleingangs-  
stufe

- 1 Kindergärten und Volksschule bilden in jedem Schulbezirk eine Einheit.
- 2 ...
- 3 Kindergarten sowie 1. und 2. Schuljahr können zusammen als Basisstufe geführt werden.

**Art. 9<sup>19</sup>**

Schulorgane und  
-gremien

Es bestehen folgende Schulorgane und -gremien:

- a) Gemeinderat
- b) Eltern- sowie Schülerinnen- und Schülerorganisationen
- c) Konferenzen und Ausschüsse:

<sup>14</sup> Aufgehoben am 15. September 2015

<sup>15</sup> Eingefügt am 22. Juni 2009; Marginalie Fassung vom 15. September 2025

<sup>16</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>17</sup> Aufgehoben am 15. September 2025

<sup>18</sup> Absatz 3 Fassung vom 20. August 2012; Absatz 2 aufgehoben am 20. August 2012; Marginalie Fassung vom 15. September 2025

<sup>19</sup> Fassung vom 15. September 2025

- Konferenz der Schulleiterinnen und Schulleiter
- Konferenz der Tagesschulleiterinnen und Tagesschulleiter
- Konferenz der Schulsportleiterinnen und Schulsportleiter
- Konferenz der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter
- d) Direktion Bildung und Soziales (DBS)
- e) Abteilung, Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BSS)
- f) zuständige Stellen innerhalb der Abteilung BSS
- g) Schulleitungen
- h) Tagesschulleitungen
- i) Koordinationsstelle für besondere Förderung Köniz (KSK)

### **Art. 9a<sup>20</sup>**

Zuständigkeiten,  
Grundsätze

<sup>1</sup> Es gelten folgende Grundsätze:

- a) Der Gemeinderat ist zuständig
  - 1. für die Aufsicht im Sinn von Artikel 34 VSG;
  - 2. für Festlegungen strategischer Art, die für alle Schulen der Gemeinde gelten sollen.
- b) Die Direktion Bildung und Soziales ist zuständig für Festlegungen betrieblicher Art, die für alle Schulen der Gemeinde gelten sollen.
- c) Die Schulleitung ist zuständig für die pädagogische und betriebliche Führung ihrer Schule / Schulen.
- d) Die Tagesschulleitung ist zuständig für die pädagogische und betriebliche Führung ihrer Tagesschule / Tagesschulen.

<sup>2</sup> Bedeutende einzelne Zuständigkeiten sind in den nachfolgenden Bestimmungen sowie im Anhang geregelt.

<sup>3</sup> Die weiteren Zuständigkeiten sind in der Verordnung des Gemeinderats oder in Weisungen und ähnlichen Papieren anderer Schulorgane geregelt. Fehlt für einen bestimmten Fall eine Zuständigkeitsregelung, so richtet sich die Zuständigkeit nach Absatz 1.

<sup>20</sup> Eingefügt am 15. September 2025

**IV. und V.<sup>21</sup>**

...

**VI. Elternmitwirkung und Schülerinnen- und Schülermitsprache****Art. 17**

- Elternmitwirkung 1 An den Schulen ist eine Elternmitwirkung gemäss Art. 31 des Volksschulgesetzes<sup>22</sup> vorzusehen.
- 2 Alle Eltern einer Klasse bilden eine Elterngesprächsgruppe. Diese wird durch eine von der Elterngesprächsgruppe gewählte Elternvertretung gemeinsam mit der Klassenlehrperson geleitet. Die Elternvertreterin oder der Elternvertreter vertritt die Elterngesprächsgruppe nach aussen, insbesondere im Elternrat.<sup>23</sup>
- 3 Die Elterngesprächsgruppe befasst sich mit Fragen, die die Elternschaft der ganzen Klasse betreffen.
- 4 Die Schulen richten Elternräte ein, in denen die Elternvertreterinnen oder -vertreter jeder Schulklasse vertreten sind.
- 5 Der Elternrat befasst sich mit Fragen, welche die Elternschaft der ganzen Schule betreffen. Die Schule berät sich mit dem Elternrat in erzieherischen und organisatorischen Fragen. Er kann der zuständigen politisch-strategischen Behörde und der Schulleitung bzw. Tagesschulleitung Anträge stellen.<sup>24</sup>
- 5a Die Elternräte sind in der Interessengemeinschaft Elternräte Künzli (IgerKö) zusammengeschlossen. Der IgerKö gehört je ein Mitglied aus jedem Elternrat an. Stellvertretung ist möglich. Die IgerKö ist bei der Behandlung von übergeordneten strategischen Fragen von der zuständigen politisch-strategischen Behörde anzuhören. Sie kann dieser Anträge stellen.<sup>25</sup>
- An den Sitzungen der IgerKö nimmt die Vorsteherin oder der Vorsteher der Direktion Bildung und Soziales teil. Das Sekretariat führt die BSS.<sup>26</sup>
- 6 ...<sup>27</sup>

<sup>21</sup> Beide Gliederungstitel samt den Artikeln 10, 11, 12, 13, 14, 15, 15bis, 16 aufgehoben am 15. September 2025

<sup>22</sup> BSG 432.210

<sup>23</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>24</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>25</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>26</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>27</sup> Aufgehoben am 15. September 2025



## Art. 18

Schülerinnen-  
und Schüler-  
mitsprache

- 1 In den Schulen ist eine stufengerechte Mitsprache der Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Elternmitwirkung und der Lehrerinnen- und Lehrerkonferenz vorzusehen.
- 2 Die Mitsprache beinhaltet insbesondere die Möglichkeiten
  - a) Anliegen, die die Schülerschaft der ganzen Schule betreffen, im Elternrat, bei der Schulleitung und in der Lehrerinnen- und Lehrerkonferenz einzubringen,
  - b) via Schülerinnen- und Schülerräte den Schulleitungen Anträge zu stellen.
- 3 Die Schülerinnen und Schüler sollen lernen, sich mit demokratischen Mitteln für die Lösung von Aufgaben und Problemen einzusetzen und Mitverantwortung in der Gemeinschaft zu übernehmen.
- 4 ...<sup>28</sup>

## VII. Konferenzen und Ausschüsse

### Art. 19

Konferenz der  
Schulsportlei-  
terinnen und  
Schulsportleiter

- 1 Die Konferenz besteht aus den Schulsportleiterinnen und Schulsportleitern der Schulen.
- 2 Die Schulsportchefin oder der Schulsportchef führt den Vorsitz, die BSS das Sekretariat.<sup>29</sup>
- 3 Die Konferenz bearbeitet und genehmigt alle Schulsportveranstaltungen. Sie kann zu allen Schulsportfragen Stellung nehmen.

### Art. 20<sup>30</sup>

Konferenz der  
Schulleiterinnen  
und Schulleiter

- 1 Die Konferenz besteht aus den Mitgliedern der Schulleitungen und der Leiterin oder dem Leiter der für die Leitung der Volksschule zuständigen Stelle der BSS.
- 2 Die Leiterin oder der Leiter der für die Leitung der Volksschule zuständigen Stelle der BSS hat den Vorsitz.
- 3 Mitarbeitende der für die Leitung der Volksschule zuständigen Stelle der BSS führen das Sekretariat.

<sup>28</sup> Aufgehoben am 15. September 2025

<sup>29</sup> Fassung vom 20. August 2012

<sup>30</sup> Fassung vom 15. September 2025

- 4 Die Konferenz bespricht Themen aus dem Bereich Schulleitung und befasst sich mit allen das gesamte Bildungswesen betreffenden Fragen. Sie wird von der Stelle der BSS, die für die Leitung der Volksschule zuständig ist, beigezogen und berät sie.
- 5 Sie kann zu Geschäften, die Themen und Fragen gemäss Absatz 4 betreffen, eine schriftliche Stellungnahme zu Handen des Gemeinderats abgeben.
- 6 Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.

### **Art. 21<sup>31</sup>**

Konferenz der  
Tagesschulleiter-  
innen und  
Tagesschulleiter

- 1 Die Konferenz besteht aus den Mitgliedern der Tagesschulleitungen und der Leiterin oder dem Leiter der für die Leitung der Volksschule zuständigen Stelle der BSS.
- 2 Die Leiterin oder der Leiter der für die Leitung der Volksschule zuständigen Stelle der BSS hat den Vorsitz.
- 3 Mitarbeitende der für die Leitung der Volksschule zuständigen Stelle der BSS führen das Sekretariat.
- 4 Die Konferenz bespricht Themen aus dem Bereich Tagesschulleitung und befasst sich mit allen die Tagesbetreuung betreffenden Fragen. Sie wird von der Stelle der BSS, die für die Leitung der Volksschule zuständig ist, beigezogen und berät sie.
- 5 Sie kann zu Geschäften, die Themen und Fragen gemäss Absatz 4 betreffen, eine schriftliche Stellungnahme zu Handen des Gemeinderats abgeben.
- 6 Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.

### **Art. 21bis<sup>32</sup>**

Konferenz der  
Schulsozial-  
arbeiterinnen  
und Schulsozial-  
arbeiter

- 1 Die Konferenz besteht aus den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, die an Könizer Schulen arbeiten.
- 2 Die Konferenz bespricht Fragen der Schulsozialarbeit. Sie kann einheitliche Regelungen zu deren Arbeitsweise treffen.
- 3 Die Konferenz wird von der fachlichen Leitung geleitet.

<sup>31</sup> Fassung (inkl. Marginalie) vom 15. September 2025

<sup>32</sup> Fassung (inkl. Marginalie) vom 15. September 2025

## VIII. Weitere Schulorgane und -gremien<sup>33</sup>

### Art. 22<sup>34</sup>

Abteilung  
Bildung, Soziale  
Einrichtungen  
und Sport (BSS)

1 Die BSS befasst sich als zentrale Verwaltungsinstanz mit allen Angelegenheiten des Bildungs- und Erziehungswesens, deren Behandlung nicht durch kantonale Vorschriften oder durch dieses Reglement anderen Organen vorbehalten ist. Sie ist ferner zuständig für die Verwaltung der Schul- und Sportanlagen, das Bibliothekswesen und die Erwachsenenbildung.

2 ...

3 ...

4 ...

### Art. 22bis<sup>35</sup>

...

### Art. 23<sup>36</sup>

Leitung der  
Schulen

1 Die Schulstandorte werden durch Schulleiterinnen oder Schulleiter (Bereich Unterricht) und durch Tagesschulleiterinnen oder Tagesschulleiter (Bereich Betreuung) gemeinsam geführt. Die Schulleitungen und Tagesschulleitungen sind die Führungskader der Schulen der Gemeinde.

2 ...

3 Sowohl die Schulleitung als auch die Tagesschulleitung kann von mehreren Personen gemeinsam wahrgenommen werden. Die Schule wird gegen aussen von einer Person vertreten.

4 ...

5 ...

6 Für Aufgaben, die den Schulleitungen zusätzlich zu den kantonalen Vorschriften von der Gemeinde zugewiesen werden, können sie von dieser entschädigt werden. Der Gemeinderat bestimmt das Nähere.

<sup>33</sup> Gliederungstitel Fassung vom 15. September 2025

<sup>34</sup> Fassung vom 15. September 2025; Absätze 2 und 3 aufgehoben am 15. September 2025

<sup>35</sup> Aufgehoben am 15. September 2025

<sup>36</sup> Fassung vom 15. September 2025; Absätze 2, 4, 5, 9 und 10 aufgehoben am 15. September 2025

- 7 Die Mitglieder von Schulleitungen müssen eine anerkannte Ausbildung als Schulleiterin oder Schulleiter oder eine gleichwertige Ausbildung absolviert haben, oder sich bereit erklären, diese innert 3 Jahren zu absolvieren. In begründeten Fällen genügt eine mehrjährige Erfahrung als Schulleiterin oder Schulleiter.
- 8 Die Gemeinde fördert die Aus- und Weiterbildung der Schulleitungen und der Tagesschulleitungen sowie Bestrebungen, welche die geleitete Schule unterstützen.
- 9 ...
- 10 ...
- 11 Den Schulleitungen und Tagesschulleitungen stehen Sekretariate zur Verfügung. Der Gemeinderat legt die Höhe der Pensen fest.

#### **Art. 24<sup>37</sup>**

Koordinations-  
stelle für  
besondere  
Förderung Köniz  
(KSK)

- 1 Die Koordinationsstelle für besondere Förderung Köniz (KSK) koordiniert den sonderpädagogischen Bereich in der Gemeinde Köniz.
- 2 ...
- 3 Die KSK wird von einer Lehrperson mit sonderpädagogischer Ausbildung geleitet. Zusätzlich gilt Artikel 23 Absatz 7.
- 4 Die Leiterin oder der Leiter der KSK nimmt die Aufgaben einer Schulleitung für die zentral geführten Teile der besonderen Förderung wahr.
- 5 ...

#### **Art. 25<sup>38</sup>**

Personal in  
Schulen

- 1 Für Anstellungen im Geltungsbereich der kantonalen Gesetzgebung über die Anstellung von Lehrpersonen werden die Anstellungsbedingungen abschliessend durch den Kanton geregelt.
- 2 Für andere Anstellungen in einer Funktion in der öffentlichen Volksschule einschliesslich Tagesschulen und auf der Basis eines öffentlich-rechtlichen Arbeitsvertrags gilt das Personalrecht der Gemeinde.
- 3 Falls die Gemeinde mit dem Kanton Bern eine Vereinbarung über die Gehaltsverarbeitung von Mitarbeitenden abschliesst, gelten im dort umschriebenen Umfang die kantonalen Bestimmungen auch für das Arbeitsverhältnis, das unter den vorstehenden Absatz 2 fällt.

<sup>37</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>38</sup> Fassung vom 15. September 2025; Absätze 5 und 6 aufgehoben am 15. September 2025

- 4 Ergänzend zur kantonalen Gesetzgebung über die Anstellung von Lehrpersonen und zum kommunalen Personalrecht gelten die Bestimmungen des vorliegenden Reglements, der Verordnung des Gemeinderats und die Vorgaben von Schulorganen.

5 ...

6 ...

## **IX. Bibliothekswesen<sup>39</sup>**

### **Art. 26**

Öffentliche  
Bibliotheken

- 1 Die Gemeinde führt Gemeindebibliotheken.<sup>40</sup>
- 2 Die Führung der Gemeindebibliotheken wird dem Verein Könizer Bibliotheken übertragen.
- 3 Der Gemeinderat regelt das Nähere in einem Vertrag.

### **Art. 27<sup>41</sup>**

Schulbiblio-  
theken

- 1 Die Schulen sind verpflichtet, Schulbibliotheken einzurichten.
- 2 Die Führung und Organisation der Schulbibliotheken ist Sache der einzelnen Schulen.
- 3 Die Schulen sind ermächtigt, mit dem Verein Könizer Bibliotheken zusammenzuarbeiten. Der Gemeinderat regelt das Nähere in einem Vertrag.

## **X. Musikschule**

### **Art. 28**

Musikschule

- 1 Die Gemeinde führt im Sinne des kantonalen Gesetzes über die Musikschulen<sup>42</sup> eine Musikschule.<sup>43</sup>

---

<sup>39</sup> Gliederungstitel Fassung vom 20. August 2012

<sup>40</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>41</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>42</sup> BSG 423.413

<sup>43</sup> Fassung vom 20. August 2012

- 2 Die Führung der Musikschule wird dem Verein Musikschule übertragen.
- 3 Der Gemeinderat regelt das Nähere in einem Vertrag.

## **XI. Gesundheits- und Sozialdienst**

### **Art. 29**

Schulärztlicher  
Dienst

- 1 Der schulärztliche Dienst wird in der Regel durch in der Gemeinde Köniz praktizierende Ärztinnen und Ärzte im Nebenamt besorgt.
- 2 Die Schulärztinnen und Schulärzte werden vom Gemeinderat gewählt. Die Anstellung richtet sich nach kantonalen Bestimmungen.<sup>44</sup>
- 3 Für die regelmässigen vorbeugenden Massnahmen in den Schulen ernennt die BSS ausgewiesene Fachpersonen. Deren Aufgaben werden in den Anstellungsverträgen festgesetzt.<sup>45</sup>
- 4 Die Schulärztinnen und Schulärzte bezeichnen eine Kontaktperson zu Schulen und Gemeinde.

### **Art. 30**

Schulzahnärztlicher  
Dienst

- 1 Der schulzahnärztliche Dienst wird in der Regel durch in der Gemeinde Köniz praktizierende Zahnärztinnen und Zahnärzte im Auftragsverhältnis besorgt.
- 2 Die Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzte werden vom Gemeinderat gewählt. Ihre Aufgaben richten sich nach den Verträgen, die durch die BSS ausgearbeitet werden.<sup>46</sup>
- 3 Für die regelmässigen vorbeugenden Massnahmen in den Schulen ernennt die BSS ausgewiesene Fachpersonen. Deren Aufgaben werden in den Anstellungsverträgen festgesetzt.<sup>47</sup>
- 4 Jede Schulleitung ernennt eine Schulzahnpflegeleiterin oder einen Schulzahnpflegeleiter, welche/welcher unter anderem die Untersuchungen der Schülerinnen und Schüler und den praktischen Mund- und Zahnpflegeunterricht organisiert. Die Aufgaben der Schulzahnpflegeleiterinnen und Schulzahnpflegeleiter sind in einer Stellenbeschreibung festgehalten. Die Entschädigung erfolgt über den Administrationspool der Schulen (Lastenverteiler Lehrergehälter).

---

<sup>44</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>45</sup> Fassung vom 20. August 2012

<sup>46</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>47</sup> Fassung vom 20. August 2012

- 5 Die Gemeinde gewährt auf Gesuch hin Eltern mit ungenügendem Einkommen und Vermögen einen Beitrag an die Behandlungskosten. Die Beiträge sind abzustufen, wobei das steuerbare Einkommen, sowie 5% des Fr. 100'000.00 übersteigenden steuerbaren Vermögens und die Kinderzahl der Familie mit zu berücksichtigen sind. Der Gemeindebeitrag beträgt im Maximum 90% der Behandlungskosten. Im Übrigen setzt der Gemeinderat die Einzelheiten der Bezugsberechtigung auf Antrag der DBS fest.
- 6 Die Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzte bezeichnen eine Kontaktperson zu Schulen und Gemeinde.

### Art. 31

Schulsozialarbeit

- 1 Lehrkräfte und Eltern können in der Erziehung der Kinder durch Schulsozialarbeit unterstützt werden.
- 2 ...<sup>48</sup>
- 3 ...<sup>49</sup>

## XII. Soziale Einrichtungen

### Art. 32

Beiträge an die Kosten von Schulveranstaltungen

- 1 Die Gemeinde gewährt Eltern mit ungenügendem Einkommen und Vermögen einen jährlichen Beitrag an die Kosten von Schulveranstaltungen.
- 2 Die Organisation der Verbilligung ist Sache der Schulleitungen.
- 3 Der Gemeinderat legt die Ansätze sowie die Kriterien der Bezugsberechtigung fest. Die Ermittlungen der Bezugsberechtigten erfolgen durch die Schulleitungen.

### Art. 33–35<sup>50</sup>

...

### Art. 36

Ferienlager

- 1 Während der Ferien können Lager durchgeführt werden. Der Gemeinderat regelt das Nähere.<sup>51</sup>
- 2 ...<sup>52</sup>

<sup>48</sup> Aufgehoben am 15. September 2025

<sup>49</sup> Aufgehoben am 15. September 2025

<sup>50</sup> Aufgehoben am 22. Juni 2009

<sup>51</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>52</sup> Aufgehoben am 15. September 2025

- <sup>3</sup> Für die Koordination der Lagertätigkeit während der Ferien besteht ein Leitungsteam, das sich aus Lehrkräften, Vertreterinnen und Vertretern des Schulsports und der BSS zusammensetzt.<sup>53</sup>
- <sup>4</sup> Die Eltern haben für Reise, Unterkunft und Verpflegung einen angemessenen Beitrag zu bezahlen. Eltern mit ungenügendem Einkommen und Vermögen haben Anrecht auf Ermässigung.
- <sup>5</sup> Der Gemeinderat bestimmt auf Antrag der DBS die Ansätze.

### **Art. 37**

Besondere  
Schulveranstaltungen

- <sup>1</sup> Die Gemeinde unterstützt besondere Schulveranstaltungen der Schulen wie Schulverlegungen und Projektwochen und -tage mit Beiträgen.
- <sup>2</sup> Der Gemeinderat legt auf Antrag der DBS die Beiträge fest.

## **XIIa. Tagesschulen<sup>54</sup>**

### **Art. 37a**

Grundsätze

- <sup>1</sup> Tagesschulangebote gemäss Art. 14 d–h Volksschulgesetz (VSG) sollen an möglichst allen Schulen geführt werden.
- <sup>2</sup> Volksschule und Tagesschule bilden in jedem Schulbezirk eine Einheit. Die Tagesschulen unterstehen der Aufsicht des Gemeinderats.<sup>55</sup>
- <sup>3</sup> Der Bedarf bei den Eltern wird einmal pro Jahr durch die Tagesschulleitung der einzelnen Schulen erhoben.
- <sup>4</sup> Die Module werden bei einer Nachfrage von 10 oder mehr Kindern pro Schule geführt.
- <sup>5</sup> Bei einer Nachfrage von 6 bis 9 Kindern werden die Module in der Regel im Schulbezirk geführt.
- <sup>6</sup> Bei einer Nachfrage von 1 bis 5 Kindern werden die Module durch die Ganztageschule Oberscherli geführt.
- <sup>7</sup> Die Frühbetreuung beginnt ab 7.00 Uhr und dauert bis Unterrichtsbeginn. Die Nachmittagsbetreuung dauert bis 18.00 Uhr.

<sup>53</sup> Fassung vom 20. August 2012

Gliederungstitel und Artikel 37a–37e eingefügt am 22. Juni 2009

<sup>55</sup> Fassung vom 15. September 2025



**Art. 37b<sup>56</sup>**

...

**Art. 37c<sup>57</sup>**

Personal

- 1 Die Betreuung der Schülerinnen und Schüler wird durch mindestens zur Hälfte pädagogisch oder sozialpädagogisch ausgebildetes Personal erbracht.
- 2 Betreffend Personalrecht gilt Artikel 25.
- 3 ...
- 4 ...
- 5 ...

**Art. 37d**

Elternggebühren

- 1 Die Elternggebühren werden gemäss kantonalem Gebührentarif erhoben.
- 2 Für die Mahlzeiten werden Gebühren erhoben, die nicht höher als die Selbstkosten sein dürfen. Sie werden vom Gemeinderat für die ganze Gemeinde einheitlich festgelegt.<sup>58</sup>
- 3 Bei verspäteter Abgabe (ab 1. September des jeweiligen Schuljahres) der Lohnunterlagen wird eine Pauschalgebühr von Fr. 200.00 für entstandene Unkosten erhoben.

**Art. 37e<sup>59</sup>**

...

**XIIb. Besondere Volksschule Köniz<sup>60</sup>****Art. 37f<sup>61</sup>**

Grundsätze

Die Gemeinde führt eine besondere Volksschule im Sinn der kantonalen Vorgaben.

**Art. 37g<sup>62</sup>**

---

<sup>56</sup> Aufgehoben am 15. September 2025

<sup>57</sup> Fassung vom 15. September 2025; Absätze 3 bis 5 aufgehoben am 15. September 2025

<sup>58</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>59</sup> Aufgehoben am 15. September 2025

<sup>60</sup> Gliederungstitel Fassung vom 15. September 2025

<sup>61</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>62</sup> Aufgehoben am 15. September 2025

...

**Art. 37h<sup>63</sup>**

...

**XIIc. Benützung der Schul- und Sportanlagen<sup>64</sup>****Art. 37i**Verordnung des  
Gemeinderats

Der Gemeinderat erlässt eine Verordnung über die Benützung der Schul- und Sportanlagen. Er legt die Beiträge für die Benützung der Schul- und Sportanlagen fest. Er kann Bussen bis zur Maximalhöhe des kantonalen Rechts vorsehen.

**XIII. Erwachsenenbildung****Art. 38**Erwachsenen-  
bildung

- 1 Die Erwachsenenbildung wird im Rahmen der kantonalen Gesetzgebung gefördert.
- 2 Die BSS koordiniert das Kurswesen. Sie schreibt Kurse der Gemeinde und der nichtkommerziellen Trägerorganisationen mit Sitz in Köniz aus. Für diese erledigt die BSS die Kursadministration und die Kursabrechnung.<sup>65</sup>
- 3 Die Gemeinde führt Kurse durch, die im Interesse der Allgemeinheit und der Gemeinde liegen. Schwerpunkte bilden die Bereiche Nachholbildung, Erziehung, Gesundheit und Integration. Die BSS legt das Kursgeld fest.<sup>66</sup>
- 4 Weitere Aufgaben sind die Marktbeobachtung, die Informationsvermittlung an die Träger sowie die Beratung aller an der Erwachsenenbildung interessierten Personen.
- 5 Die Volkshochschule Bern wird im Rahmen eines regionalen Vertrags unterstützt, der vom Gemeinderat abgeschlossen wird.

**XIV.<sup>67</sup>**

...

**XV. Schulsport und freiwillige Kurse**


---

<sup>63</sup> Aufgehoben am 15. September 2025

<sup>64</sup> Gliederungstitel und Art. 37i eingefügt am 15. September 2025

<sup>65</sup> Fassung vom 20. August 2012

<sup>66</sup> Fassung vom 20. August 2012

<sup>67</sup> Gliederungstitel und Art. 39 aufgehoben am 15. September 2025

## **Art. 40**

Freiwilliger  
Schulsport

- 1 Die Gemeinde führt auf Grund der eidgenössischen und kantonalen Vorschriften freiwilligen Schulsport durch.
- 2 Jede Schulleitung ernennt eine oder mehrere Lehrerinnen oder Lehrer als Schulsportleiterinnen oder Schulsportleiter.
- 3 Der freiwillige Schulsport steht in der Gemeinde unter der Leitung einer Schulsportchefin oder eines Schulsportchefs. Diese/dieser wird nach Anhörung der Konferenz der Schulsportleiterinnen und Schulsportleiter von der BSS ernannt. Der Gemeinderat regelt die Entschädigung.<sup>68</sup>
- 4 Die Schulsportchefin oder der Schulsportchef wird von der BSS administrativ unterstützt.<sup>69</sup>
- 5 Der Gemeinderat setzt die Höhe der Elternbeiträge fest.

## **Art. 41**

Freiwillige Kurse

- 1 Die BSS kann für die ganze Gemeinde oder auf Antrag der Schulleitungen für einzelne Schulen weitere freiwillige Kurse anbieten.<sup>70</sup>
- 2 Teilnahmeberechtigt sind Kinder, sobald sie die Schuleingangsstufe besuchen.<sup>71</sup>
- 3 Der Gemeinderat bestimmt auf Antrag der DBS die Entschädigung der Kursleitung.

## **XVI. Allgemeine Bildungsbestrebungen**

### **Art. 42<sup>72</sup>**

Allgemeine  
Bildungs-  
bestrebungen

- 1 Die Gemeinde kann allgemeine Bildungsbestrebungen wie kulturelle Veranstaltungen von und für Schulen, Ludotheken, Spielgruppen unterstützen.
- 2 Die nötigen Mittel werden mit der Genehmigung des Budgets bewilligt.

## **XVII. Rechtspflege**

### **Art. 43**

<sup>68</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>69</sup> Fassung vom 20. August 2012

<sup>70</sup> Fassung vom 20. August 2012

<sup>71</sup> Fassung vom 15. September 2025

<sup>72</sup> Fassung vom 2. November 2016

Rechtspflege

Die Rechtspflege richtet sich nach den Bestimmungen des kantonalen Schulrechts und des Verwaltungsrechtspflegegesetzes.

## **XVIII. Übergangs- und Schlussbestimmungen**

### **Art. 44**

Inkrafttreten

1 Das Reglement tritt am 1. August 2006 in Kraft.

2 Auf diesen Zeitpunkt werden folgende Reglemente aufgehoben:

- Reglement über die Organisation des Schulwesens in der Gemeinde Köniz vom 28. Juni 1993
- Reglement über die Organisations- und Zusammenarbeitsformen auf der Sekundarstufe vom 2. Mai 1994
- Reglement über die Kindergärten in der Gemeinde Köniz vom 13. Dezember 1993
- Reglement über die Erwachsenenbildung vom 25. Oktober 1993

### **Art. 45**

Allgemeines

Soweit dieses Reglement keine besonderen Bestimmungen enthält, gilt das kantonale Recht.

### **Art. 46<sup>73</sup>**

...

### **Art. 47<sup>74</sup>**

Übergangs-  
bestimmung zur  
Änderung vom  
15. September  
2025

Unter bisherigem Recht gefasste Vorgaben (bezeichnet als Weisungen, Konzepte und dergleichen) behalten ihre Gültigkeit, bis sie durch Vorgaben der nach neuem Recht zuständigen Organe abgelöst werden.

---

<sup>73</sup> Aufgehoben am 15. September 2025

<sup>74</sup> Eingefügt am 15. September 2025

Köniz, 16. Februar 2006

Im Namen des Parlamentes:

Der Präsident:

Die Sekretärin:

Niklaus Hofer

Anita Fehlmann

VERANSCHAULICHUNG

## Anhang

### Tabelle Entscheidkompetenzen und Antragsrechte

#### Legende

Die Tabelle regelt Zuständigkeiten, nämlich wer Anträge stellt (A) und wer Entscheide fällt (E). «Entscheid» kann je nach Situation bedeuten: Erlass einer Weisung, Vertragsschluss, Verfügung, Bewilligung, Anstellung etc.

Die **fetten** Tabellen-Einträge sind wichtig, sie werden durch das Parlament festgelegt und geändert, sie stehen somit auf Stufe Reglement.

Die nicht-fetten Tabellen-Einträge werden durch den Gemeinderat festgelegt und geändert, sie stehen somit auf Stufe Verordnung.

Der Einfachheit halber sind die Zuständigkeitsregelungen in einer einzigen Tabelle zusammengefasst. Die Tabelle ist Anhang des Reglements und auch Anhang der Verordnung. Änderungen werden immer in beiden Anhängen nachgetragen.

Einige Entscheid-Zuständigkeiten der Abteilung BSS sind mit einem Pfeil versehen (**◀E**). Das ist so zu verstehen: Das Parlament legt fest, dass der Entscheid innerhalb der Abteilung BSS von einer Fachstelle gefällt wird. Der Gemeinderat legt fest, *welche* Fachstelle den Entscheid fällt.

		Schulleitung	Tagesschulleitung	FS Bildung	FS Leitung Volksschule	FS Prävention	FS Anlagen und Sport	Abteilung BSS	Direktion DBS	Gemeinderat	Parlament
<b>A Allgemein</b>											
1	Bildungsstrategie								A	E	
2	Vorgaben (Konzepte, Weisungen, Leitbilder u. dgl.) ganze Gemeinde zu ...										
2.1	... Elternmitwirkung								A	E	
2.2	... SchülerInnen-Mitsprache								A	E	
2.3	... Pädagogik							A	E		
2.4	... Schul- und Qualitätsentwicklung								A	E	
2.5	... einfache, unterstützende und verstärkte sonderpädagogische Massnahmen in der Regelschule								A	E	
2.6	... Information / Kommunikation								A	E	
2.7	... Krisen								A	E	
2.8	... Personal								A	E	
2.9	... Tagesschulen								A	E	
2.10	... Verwendung der besonderen Vermögen der Schulen									E	

	Schulleitung	Tagesschulleitung	FS Bildung	FS Leitung Volksschule	FS Prävention	FS Anlagen und Sport	Abteilung BSS	Direktion DBS	Gemeinderat	Parlament
3 Schulprogramm				E						
4 Änderung Unterrichtsmodelle Zyklus 3 inkl. Führung der Niveaus (Real, Sek, spezSek)									A	E
5 Übernahme freiwillige Aufgaben der Gemeinde, z. B. Schulsport, MuKi-Deutsch, ...									A	E
6 Schulversuche								A	E	
7 Verteilung MR-Lektionen				E						
<b>B Pädagogik</b>										
1 Allgemeine pädagogische und betriebliche Führung der Volksschulen	E									
2 Schullaufbahnentscheide	E									
3 Disziplinar massnahmen gegenüber SuS ohne Art. 28 VSG	E									
4 Schriftlicher Verweis an die Adresse von Schülerinnen und Schüler	E									
5 Ausschluss vom Unterricht (Art. 28 VSG)							E			
6 Entlassung aus der Schulpflicht (Art. 24 Abs. 1 VSG)							A	E		
7 Einfache sonderpädagogische und unterstützende Massnahmen Regelschule (MR)	E									



		Schulleitung	Tagesschulleitung	FS Bildung	FS Leitung Volksschule	FS Prävention	FS Anlagen und Sport	Abteilung BSS	Direktion DBS	Gemeinderat	Parlament
8	Verstärkte sonderpädagogische Massnahmen in der Regelschule, besonderes Volksschulangebot (bVSAint)	E									
9	Talentförderung (Kunst und Sport)	E									
<b>C Personal</b>											
1	Führung der Individuellen Pensenbuchhaltung	E									
2	Pflichtenheft Schulleitung, Tagesschulleitung				E						
3	Verteilung SL-Pools	A			E						
4	Verteilung Pool Spezialaufgaben	E									
5	Alle Vorgesetztenaufgaben und -befugnisse ... <sup>75</sup>										
5.1	... betreffend Lehrpersonen	E									
5.2	... betreffend Schulleitungen				E			< E			
5.3	... betreffend Schulsekretariate			E				< E			

<sup>75</sup> «Alle Vorgesetztenaufgaben und -befugnisse» meint: Die Leitung der genannten Organisationseinheit ist zuständig für Anstellung, Kündigung, Erlass weiterer Verfügungen wo nötig, alle weiteren Führungsaufgaben inkl. Mitarbeitendengespräche, Erteilung von Bewilligungen wo nötig, Aussprechen von Disziplinar massnahmen, Behandlung von Aufsichtsanzeigen, Genehmigung von Urlauben.

	Schulleitung	Tagesschulleitung	FS Bildung	FS Leitung Volksschule	FS Prävention	FS Anlagen und Sport	Abteilung BSS	Direktion DBS	Gemeinderat	Parlament
5.4 ... betreffend Schulsozialarbeitende					E		< E			
5.5 ... betreffend Hauswirtschaft, Reinigung						E	< E			
5.6 ... betreffend Tagesschulleitende				E			< E			
5.7 ... betreffend Mitarbeitende Tagesschule		E								
<b>D Finanzen</b>										
1 Verteilung der Betriebsmittel der Schulen							E			
2 Verwaltung der Betriebsmittel der Schulen innerhalb der einzelnen Schule	E									
3 Führung der Betriebsmittelrechnung	E									
<b>E Administration/Organisation</b>										
1 Festlegung der Schulorganisationseinheiten								A	E	
2 Schulbezirke:										
2.1 a) Grundsätzliche Zuteilung nach Wohnadressen								A	E	
2.2 b) Richtlinien für andere Zuteilung (zum Ausgleich oder auf Gesuch hin)								A	E	

	Schulleitung	Tagesschulleitung	FS Bildung	FS Leitung Volksschule	FS Prävention	FS Anlagen und Sport	Abteilung BSS	Direktion DBS	Gemeinderat	Parlament
2.3	c) Konkrete Entscheide über Schülerinnen und Schüler							E		
3	Verträge mit anderen Gemeinden über Schulbesuch							A	E	
4	Entscheid über Gesuche für Schulbesuch in anderer Gemeinde						A	E		
5	Zuständigkeit für die Schulanlagen während der Unterrichtszeiten	E								
6	Zuständigkeit für die Schulanlagen ausserhalb der Unterrichtszeiten					E				
7	Erlass von Haus- und Pausenordnung	E								
8	Festsetzung der jährlichen Unterrichts- und Ferienzeiten			E						
9	Genehmigung von Schulanlässen und -reisen	E								
10	Sozialtarif für Schulverlegungen							A	E	
11	Schaffung und Aufhebung von Klassen							E		
12	Pensenzuteilung, Stundenpläne	E								
<b>F Strafanzeigen und Gefährdungsmeldungen</b>										
1	Einreichung von Strafanzeigen bei Schulversäumnis	A		E						

	Schulleitung	Tagesschulleitung	FS Bildung	FS Leitung Volksschule	FS Prävention	FS Anlagen und Sport	Abteilung BSS	Direktion DBS	Gemeinderat	Parlament
2 Gefährdungsmeldungen an KESB	E									
<b>G Weitere Kompetenzen</b>										
1 Wahl der SchulärztInnen								A	E	
2 Wahl der Schulzahnärztinnen								A	E	

*Bisheriger Text*

*Entwurf*

Titel und Ingress bleiben unverändert.

Darstellung der Artikel:

- Randtitel (Marginalien) bleiben unverändert, wenn nichts anders erwähnt ist.
- Falls in einer Bestimmung nur **wenige Wörter** ändern, so sind diese hervorgehoben (Lesehilfe).

**I. Zweck**

**I. Zweck**

**Art. 1 – Zweck**

**Art. 1**

Dieses Reglement regelt im Rahmen der kantonalen Gesetzgebung das Bildungswesen der Gemeinde Köniz.

*Unverändert.*

**II. Organisation**

**II. Organisation**

**Art. 2 – Bildungswesen**

**Art. 2**

Das Bildungswesen der Gemeinde Köniz umfasst:

- die Kindergärten,
- die Schulen der Primarstufe,
- die Schulen der Sekundarstufe I,
- ...
- die Tagesschulen,
- die Sonderschulen,
- das Bibliothekswesen,
- die Musikschule,
- die Erwachsenenbildung,
- die weiteren Bildungseinrichtungen.

*Unverändert, mit Ausnahme der begrifflichen Anpassung beim sechsten Lemma*

- die besondere Volksschule Köniz,

### **III. Kindergarten/Volksschule**

### **III. Volksschule**

*(Erläuterung: Der Begriff Volksschule umfasst heute auch den Kindergarten, siehe Art. 1 Abs. 1 Volksschulgesetz, VSG, BSG 432.210)*

#### **Art. 3 – Ziele**

#### **Art. 3**

Für die Volksschule der Gemeinde Köniz gelten folgende Ziele:

*Ganzer Artikel unverändert, mit Ausnahme der Anpassungen von Bst. c und d.*

- a) Die Schulen sind teilautonom. Sie decken die Bedürfnisse ihres Einzugsgebietes ab.
- b) Die Schulen reagieren auf gesellschaftliche Veränderungen.

- c) Die Schulen werden durch eine Schulleitung geleitet und pädagogisch geführt.
- d) Die Schulen arbeiten in ihrem Kerngeschäft „Unterricht und Erziehung“ nachhaltig.
- e) Die Schulen arbeiten in den Bereichen Führung, Pädagogik, Organisation und Administration effizient zusammen.

Die Schulen sind vernetzt. Sie arbeiten sowohl in ihren Oberstufenkreisen, als auch gemeindeweit optimal zusammen.

#### Art. 4 – Bezirke und Einzugsgebiete

- <sup>1</sup> In der Gemeinde bestehen folgende Schulbezirke mit Kindergärten und Volksschule:

- Köniz/Schliern,
- Liebefeld,
- Spiegel,
- Wabern,
- Obere Gemeinde,
- Wangental.

- <sup>2</sup> Das Koordinationsbüro regelt die Zuteilung zu den Schulbezirken nach Wohnadressen.

- <sup>3</sup> Zum Ausgleich der Schülerzahlen können Kinder einem anderen Bezirk

- c) Die Schulen werden durch eine Schulleitung (Bereich Unterricht) und eine Tagesschulleitung (Bereich Betreuung) geleitet und pädagogisch geführt.

- d) Die Schulen arbeiten in ihrem Kerngeschäft „Unterricht, Erziehung und Betreuung“ nachhaltig.

#### Art. 4

- <sup>1</sup> In der Gemeinde bestehen folgende Schulbezirke:

- Köniz / Schliern,
- Liebefeld,
- Spiegel,
- Wabern,
- Obere Gemeinde,
- Wangental.

- <sup>2</sup> *Aufgehoben.*  
(Erläuterung: Neu Zuständigkeit GR; neu im Anhang geregelt.)

- <sup>3</sup> Kinder können zum Ausgleich der Schülerzahlen oder auf Gesuch hin einem

zugeteilt werden.

Zuständig für den Entscheid ist die Direktion Bildung und Soziales (DBS).

- 4 Über Gesuche, die den Schulbesuch in einem anderen Bezirk betreffen, entscheidet die DBS.

- 5 Die DBS erlässt die notwendigen Richtlinien.

anderen Bezirk zugeteilt werden.

*(Erläuterung: inhaltlich unverändert. Die Zuständigkeiten sind neu im Anhang geregelt.)*

- 4 *Aufgehoben.*

*(Erläuterung: inhaltlich unverändert; neu im Anhang geregelt.)*

- 5 *Aufgehoben.*

*(Erläuterung: Neu Zuständigkeit GR; neu im Anhang geregelt.)*

## **Art. 5 – Unterrichtsmodelle**

- 1 In den Schulbezirken Liebefeld, Spiegel und Wangental werden die Schülerinnen und Schüler auf der Sekundarstufe I gemeinsam in Stammklassen unterrichtet.

- 2 In den Schulbezirken Köniz/Schliern, Wabern und Obere Gemeinde werden die Schülerinnen und Schüler auf der Sekundarstufe I gemäss dem kantonalen Übertrittsverfahren in Real- und Sekundarklassen eingeteilt.

Marginalie: Niveaufächer

- 3 In den Niveaufächern Deutsch, Französisch und Mathematik werden die Schülerinnen und Schüler ihren Fachleistungen entsprechend dem Real- oder Sekundarschulniveau zugewiesen.

In Französisch und Mathematik werden sie getrennt, in Deutsch gemeinsam oder getrennt unterrichtet. Zwischen den Niveaus besteht Durchlässigkeit.

## **Art. 5**

*Ganzer Artikel 5: Aufgehoben.*

*(Ausführlichere Erläuterung siehe im Parlamentsantrag. Die Zuständigkeiten sind neu im Anhang geregelt.)*



<sup>4</sup> Die Einzelheiten regelt die Schulkommission in Konzepten.

Änderungen des Unterrichtsmodells dürfen erst nach einer angemessenen Erfahrungszeit beantragt werden.

#### **Marginalie: Mittelschulvorbereitung**

<sup>5</sup> Die Mittelschulvorbereitung erfolgt im 7. und 8. Schuljahr an den Schulen der Sekundarstufe I in speziellen Sekundarklassen oder im 8. Schuljahr durch zusätzlichen Unterricht.

#### **Marginalie: Gymnasialer Unterricht im 9. Schuljahr**

<sup>6</sup> Der gymnasiale Unterricht nach kantonalem Lehrplan erfolgt im 9. Schuljahr an einem kantonalen Gymnasium.

#### **Art. 5bis – Besondere Klassen**

Integrative Schulung ist die Regel. Es können besondere Klassen geführt werden.

#### **Art. 5bis Besondere Massnahmen / Erweiterte Unterstützung**

Unverändert.

**Art. 6 – Schule Thörishaus**

- 1 Die Schule und die Kindergärten in Thörishaus werden gemeinsam mit der Gemeinde Neuenegg geführt.
- 2 Der Gemeinderat schliesst mit der Gemeinde Neuenegg diesbezügliche Verträge ab.
- 3 Der Vertrag regelt das Vorschlagsrecht für den Sitz der Gemeinde Köniz in der Schulkommission Neuenegg. Die Wahl erfolgt durch das Parlament.

**Art. 6**

- 1 *Unverändert.*
- 2 *Unverändert.*
- 3 Der Vertrag regelt das Vorschlagsrecht für den Sitz der Gemeinde Köniz in der Schulkommission Neuenegg. Die Wahl erfolgt durch den Gemeinderat.

**Art. 7 – Schulbesuch ausserhalb der Wohngemeinde**

Der Gemeinderat schliesst mit Gemeinden, aus denen Schülerinnen und Schüler Schulen in Köniz besuchen oder wo Schülerinnen und Schüler aus Köniz geschult werden, Verträge ab.

**Art. 7**

*Aufgehoben.  
(Erläuterung: Neu im Anhang geregelt.)*

**Art. 8 – Kindergartenwesen und Basisstufe**

- 1 Kindergärten und Volksschule bilden in jedem Schulbezirk eine Einheit.
- 2 ...
- 3 Kindergarten sowie 1. und 2. Schuljahr können zusammen als Basisstufe geführt werden.

**Art. 8 – Schuleingangsstufe**

*Unverändert.*

**Art. 9 – Schulorgane und -gremien**

Es bestehen folgende Schulorgane und -gremien:

- a) Schulkommission
- b) Eltern- sowie Schülerinnen- und Schülerorganisationen.
- c) Konferenzen und Ausschüsse:
  - Konferenz der Schulleiterinnen und Schulleiter,
  - Konferenz der Schulsportleiterinnen und Schulsportleiter,
  - Konferenz der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter,
  - Konferenz der Tagesschulleiterinnen und Tagesschulleiter.
- d) Direktion Bildung und Soziales (DBS).
- e) Operative Ebene:
  - Abteilung, Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BSS)
  - Koordinationsbüro,
  - Schulleitungen,
  - Koordinationsstelle für besondere Förderung Köniz (KSK)

**Art. 9**

Es bestehen folgende Schulorgane und -gremien:

- a) Gemeinderat
- b) Eltern- sowie Schülerinnen- und Schülerorganisationen
- c) Konferenzen und Ausschüsse:
  - Konferenz der Schulleiterinnen und Schulleiter
  - Konferenz der Tagesschulleiterinnen und Tagesschulleiter
  - Konferenz der Schulsportleiterinnen und Schulsportleiter
  - Konferenz der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter
- d) Direktion Bildung und Soziales (DBS)
- e) Abteilung, Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BSS)
- f) zuständige Stellen innerhalb der Abteilung BSS
- g) Schulleitungen
- h) Tagesschulleitungen
- i) Koordinationsstelle für besondere Förderung Köniz (KSK)

**Erläuterung:**

*Bei den Schulorganen und -gremien fällt die Schulkommission weg. Das ist ein zentraler Punkt der vorliegenden Reglementsänderung. Die Gemeinde macht*

*damit Gebrauch vom Organisations-Spielraum, der sich aus Artikel 34 des kantonalen Volksschulgesetzes (VSG) ergibt.*

### **Art. 9a – Zuständigkeiten, Grundsätze**

<sup>1</sup> Es gelten folgende Grundsätze:

- a) Der Gemeinderat ist zuständig
  - 1. für die Aufsicht im Sinn von Artikel 34 VSG;
  - 2. für Festlegungen strategischer Art, die für alle Schulen der Gemeinde gelten sollen.
- b) Die Direktion Bildung und Soziales ist zuständig für Festlegungen betrieblicher Art, die für alle Schulen der Gemeinde gelten sollen.
- c) Die Schulleitung ist zuständig für die pädagogische und betriebliche Führung ihrer Schule / Schulen.
- d) Die Tagesschulleitung ist zuständig für die pädagogische und betriebliche Führung ihrer Tagesschule / Tagesschulen.

<sup>2</sup> Bedeutende einzelne Zuständigkeiten sind in den nachfolgenden Bestimmungen sowie im Anhang geregelt.

<sup>3</sup> Die weiteren Zuständigkeiten sind in der Verordnung des Gemeinderats oder in Weisungen und ähnlichen Papieren anderer Schulorgane geregelt. Fehlt für einen bestimmten Fall eine Zuständigkeitsregelung, so richtet sich die Zuständigkeit nach Absatz 1.

**Erläuterung:**

*Zuerst legt das Parlament die wichtigsten Zuständigkeiten fest, neu vor allem im Anhang. Dann legt der Gemeinderat weitere Zuständigkeiten fest, ebenfalls in einem Anhang (Anhang zur Verordnung). Dann gibt es immer noch gewisse Lücken, und diese Lücken werden gefüllt durch noch detailliertere Regelungen, die von anderen Schulorganen beschlossen werden. Wenn man in der Praxis auf Fragen trifft, die nicht geregelt sind, bestimmt man die Zuständigkeit nach den Grundsätzen in Absatz 1.*

*Der Entwurf der in Art. 9a Abs. 2 genannten Verordnung liegt bei (Entwurf der Bildungsverordnung, Nr. 430.101.0.)*

**Erläuterung zur Normstufe:**

*Dass Wichtiges im Reglement geregelt werden soll, ergibt sich schon aus dem Legalitätsprinzip. Bisher hatte die Gemeinde Köniz nur ein Reglement, also war sie ganz auf der sicheren Seite.*

*Neu soll weniger Wichtiges auf Verordnungsstufe geregelt werden.*

*Ein zentraler Punkt der Könizer Revision besteht darin, dass man neu etliche Aufgaben nicht mehr der Schulkommission zuordnen will. Man kann sich die Frage stellen, ob dies in jedem Fall wichtig, also Reglements-materie ist. Das VSG äussert sich dazu Irrtum vorbehalten nicht, dort steht einfach, die Gemeinde könne die fraglichen Aufgaben auch «der Schulleitung oder anderen Gemeinde-behörden übertragen» (Art. 34 Abs. 3 [VSG](#)). Es genügt eine Verordnung, man kann das ableiten aus Artikel 7 Absatz 2 [LAG](#), wo steht, dass Lehrpersonen von der Schulkommission angestellt werden, ausser die Gemeinde habe diese Zuständigkeit «durch Erlass» der Schulleitung übertragen. Erlasse sind Reglemente und Verordnungen. Also spricht die Formulierung im LAG dafür, dass die Verordnungsstufe genügt. (Der Vortrag im [Tagblatt September 2004](#) sagt nicht mehr aus, siehe die Erläuterungen zu Art. 7 auf PDF-Seite 250/479.)*

**IV. Gemeinderat****IV. Gliederungstitel aufgehoben**

*Erläuterung: Die Zuständigkeiten des Gemeinderats werden neu grundsätzlich alle im Anhang geregelt.*

**Art. 10 – Gemeinderat****Art. 10**

Neben den in der Gemeindeordnung und den übrigen Erlassen übertragenen Kompetenzen nimmt der Gemeinderat folgende Aufgaben wahr:

*Ganzer Artikel: Aufgehoben.*

*Erläuterungen:*

- a) Der Gemeinderat entscheidet auf Antrag der Schulkommission über die Einführung und Aufhebung von für die Gemeinde nicht obligatorischem Unterricht auf der Volksschulstufe.

- a) Buchstabe a braucht es nicht mehr. Er meint das «Angebot der Schule» (Richtwert 1,5 Lektionen pro Klasse). Gemäss den heutigen Vorgaben des Kantons braucht es dafür keine besondere Regelung mehr.*

Der Beschluss unterliegt der Genehmigung durch die zuständige Stelle der kantonalen Erziehungsdirektion.

- b) Er erlässt eine Verordnung über die Benützung der Schul- und Sportanlagen. Er legt die Beiträge für die Benützung der Schul- und Sportanlagen fest. Er kann Bussen bis zur Maximalhöhe des kantonalen Rechts vorsehen.

- b) Buchstabe b bleibt inhaltlich unverändert, ist aber neu weiter hinten geregelt (siehe Artikel 37i).*

- c) Er regelt mit den kantonalen Behörden die ausserschulische Benützung der Schulanlage Lerbermatt.

- c) Buchstabe c kann gestrichen werden.*

**V. Direktion und Kommissionen****V. Gliederungstitel aufgehoben.**

**Art. 11 – Direktion Bildung und Soziales**

Die Direktion Bildung und Soziales (DBS) ist für die folgenden Bereiche zuständig:

- a) Sie entscheidet, nach Anhören der betreffenden Schulleitungen und im Rahmen des Budgets über die Schaffung oder Aufhebung von Kindergarten-, Primar-, Real- und Sekundarklassen und über die Lektionenzahl, die den Schulen zur Verfügung steht.

Die Schliessung ganzer Schulhäuser bleibt dem Parlament vorbehalten.

Die Entscheide unterliegen der Genehmigung durch die zuständige Stelle der kantonalen Erziehungsdirektion.

- b) Sie erlässt Richtlinien über den Ausgleich der Schülerzahlen und über die Behandlung von Gesuchen für den Schulbesuch in einem anderen Bezirk.

**Art. 12 – Schulkommission**

- <sup>1</sup> Die Schulkommission besteht aus 9 Mitgliedern. Sie setzt sich zusammen aus:

- der Vorsteherin oder dem Vorsteher der Direktion Bildung und Soziales (DBS),
- 8 Mitgliedern.

- <sup>2</sup> An den Sitzungen der Schulkommission nimmt der oder die Vorsitzende der Schulleitungen mit beratender Stimme teil.

**Art. 11**

*Ganzer Artikel aufgehoben.*

*(Erläuterung: Die Zuständigkeiten der DBS ergeben sich neu aus dem Anhang.)*

**Art. 12**

*Ganzer Artikel aufgehoben.*

- 3 Die Kommission kann zu ihren Sitzungen weitere Behördemitglieder, Lehrerinnen oder Lehrer und Fachleute beiziehen.

Wenn Fragen einzelner Schulen traktandiert sind, nimmt die betreffende Schulleitung an der Sitzung teil.

- 4 Die Vorsteherin oder der Vorsteher der DBS führt von Amtes wegen den Vorsitz und die Leiterin oder der Leiter der BSS das Sekretariat.

Im Übrigen konstituiert sich die Kommission selbst.

### **Marginalie: Aufgaben**

- 5 Die Kommission hat folgende Aufgaben:

- a) Die Schulkommission ist das strategische Führungsorgan der Schulen. Sie ist die unmittelbare Aufsichts- und Verwaltungsbehörde der Schulen. Ihr fallen die gesetzlich umschriebenen Befugnisse und Aufgaben zu. Sie befasst sich mit allen Bildungsangelegenheiten und berät den Gemeinderat in Bildungsfragen.
- b) Die Schulkommission befasst sich insbesondere mit folgenden Aufgaben:

1. Sie schliesst mit den Schulleitungen Leistungsvereinbarungen im Sinne von Zielvereinbarungen ab.
2. Sie legt die Führungsinstrumente fest, die in den Schulen anzuwenden sind.
3. Sie regelt die Qualitätssicherung der Schulen und legt

*(Erläuterung: Neu festgelegt im Rahmen des sog. Schulprogramms. Zuständigkeit Leitung Volksschule, siehe Anhang)*

*(Erläuterung: Das Thema ist geregelt im Personalkonzept; dieses liegt neu in der Zuständigkeit GR)*

*(Erläuterung: Neu Zuständigkeit GR)*



Qualitätssicherungsinstrumente fest.

- |   |   |
|---|---|
| 4. Sie regelt das Anstellungsverfahren.   | (Erläuterung: Neu im Personalkonzept, Zuständigkeit GR)             |
| 5. Sie genehmigt Konzepte zu den Unterrichtsmodellen.   | (Erläuterung: Neu im Anhang geregelt, Zuständigkeit GR)             |
| 5a Sie genehmigt das Integrationskonzept.   | (Erläuterung: Neu Zuständigkeit GR, Stichwort besondere Massnahmen) |
| 6. Sie erlässt Weisungen betreffend der Tagesschulen.   | (Erläuterung: Neu Zuständigkeit GR)                                 |
| 7. Sie erlässt Weisungen betreffend die Organisation der Elternmitwirkung.  | (Erläuterung: Neu im Anhang geregelt.)                              |
| 8. Sie erlässt Weisungen betreffend die Schülerinnen- und Schülermitsprache.  | (Erläuterung: Neu im Anhang geregelt.)                              |
| 9. Sie erlässt, in Ergänzung kantonaler Vorschriften, ein Pflichtenheft für Schulleitungen.   | (Erläuterung: Neu im Anhang geregelt.)                              |
| 10. Sie stellt dem Gemeinderat, nach Anhören der betreffenden Schulleitungen, Antrag über die Einführung und Aufhebung von für die Gemeinde nicht obligatorischem Unterricht auf der Volksschulstufe. | (Erläuterung: Ersatzlose Aufhebung.)                                |
| 11. ...   | 11. (schon früher aufgehoben)                                       |
| 12. ...   | 12. (schon früher aufgehoben)                                       |
| 13. ...   | 13. (schon früher aufgehoben)                                       |

14. ...	14. (schon früher aufgehoben)
15. ...	15. (schon früher aufgehoben)
16. Sie befasst sich mit den Belangen des Ferienheims.	16. <b>Aufgehoben.</b>
17. ...	17. (schon früher aufgehoben)
18. Sie wählt die Schulärztinnen und Schulärzte und die Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzte.	(Erläuterung: Neu Zuständigkeit GR, siehe Anhang.)
19. Sie entscheidet über Beitragsleistungen der Gemeinde an die Weiterbildung der Lehrkräfte.	(Erläuterung: Ersatzlose Aufhebung; ist heute kantonale geregelt.)
20. Sie stellt die Leiterin oder den Leiter der Koordinationsstelle für besondere Förderung Köniz (KSK) an und erlässt Weisungen über den Aufgabenbereich der KSK.	(Erläuterung: Ersatzlos Aufhebung.)
21. ...	(schon früher aufgehoben)
22. Sie genehmigt Konzepte für eine besondere Förderung von begabten Schülerinnen und Schülern im Bereich des Sports, der Musik usw.	(Erläuterung: Neu Zuständigkeit GR)
23. Sie legt die Schuleinheiten fest.	(Erläuterung: Neu Zuständigkeit GR, siehe Anhang. Heutige Bezeichnung: Schulorganisationseinheiten.)
24. Sie erlässt Richtlinien über die Verwendung der besonderen Vermögen der Schulen.	(Erläuterung: Neu Zuständigkeit Abteilung BSS.)
5a - Die Schulkommission ist Anstellungsbehörde für die Lehrkräfte der Volksschulen und Kindergärten; sie kann diese Aufgabe in ihrer	(Erläuterung: Neu liegen diese Zuständigkeiten bei der Leitung Volksschule.)

Geschäftsordnung den Schulleitungen übertragen.

- Während der Probezeit verfügt die Anstellungsbehörde die Kündigung. Sie zieht die Personalabteilung und die Fachstelle Recht bei.
- Nach der Probezeit verfügt die Schulkommission die Kündigung.

<sup>6</sup> Bei ihren Entscheiden berücksichtigt die Kommission berechnigte Anliegen und Begehren von Minderheiten. Sie trägt, im Rahmen der Gesetzgebung, den besonderen Verhältnissen der städtischen und ländlichen Gemeindegebiete Rechnung.

#### **Art. 13**

...

#### **Art. 13**

*(schon früher aufgehoben)*

#### **Art. 14 – Wahl der Schulkommission**

<sup>1</sup> Die Schulkommission wird auf Vorschlag des Gemeinderates vom Parlament gewählt. In der Regel sollen 2 Mitglieder im Schulbezirk Obere Gemeinde und in jedem anderen Schulbezirk mindestens 1 Mitglied wohnhaft sein. Der Gemeinderat erlässt ein Anforderungsprofil für die Mitglieder der Kommission.

<sup>2</sup> Für die Einholung von Wahlvorschlägen bei den politischen Parteien und die Unterbreitung an die Wahlbehörde ist die Gemeindekanzlei zuständig.

<sup>3</sup> ...

#### **Art. 14**

*Ganzer Artikel: Aufgehoben.*

4 Lehrkräfte an Gemeindeschulen dürfen der Schulkommission nicht angehören.

5 Die Amtsdauer beträgt vier Jahre.

#### **Art. 15 – Gemeinsame Bestimmungen für die Schulkommission**

#### **Art. 15**

1 Die Kommission ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder, die oder der Vorsitzende eingerechnet, anwesend sind.

*Ganzer Artikel: Aufgehoben.*

2 Bei Wahlen und Anstellungen entscheidet das absolute Mehr der Stimmenden. Die oder der Vorsitzende stimmt mit. Im zweiten Wahlgang gilt das relative Mehr. Bei Abstimmungen gilt ebenfalls das relative Mehr.

3 Ergibt sich bei der Wahl Stimmengleichheit von zwei Kandidatinnen oder Kandidaten, zieht die oder der Vorsitzende das Los.

4 Stehen sich mehr als zwei Kandidatinnen oder Kandidaten gegenüber, und erzielt im ersten Wahlgang niemand das absolute Mehr, so bleiben nur jene zwei in der Wahl, die am meisten Stimmen erzielt haben. Nötigenfalls entscheidet auch hier das Los.

5 Über die Verhandlungen werden Beschlussprotokolle geführt, wenn die Kommission nicht im Einzelfall eine ausführliche Protokollierung anordnet.

#### **Art. 15bis – Geschäftsordnung der Schulkommission**

#### **Art. 15bis**

1 Die Schulkommission regelt ihre Zusammenarbeit in einer

*Ganzer Artikel: Aufgehoben.*

Geschäftsordnung.

- 2 Die Geschäftsordnung hat vorzusehen, dass jeder Schulbezirk von 2 Mitgliedern der Schulkommission betreut wird.

Diese Mitglieder sind die unmittelbaren Vorgesetzten der Schulleitungen und führen mit ihnen die Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräche (Beurteilungs- und Fördergespräche) gemäss Lehreranstellungsgesetzgebung.

Die Leitung der Koordinationsstelle für besondere Förderung (KSK) ist dem Präsidium unterstellt.

#### Art. 16

...

#### Art. 16

*(wurde früher aufgehoben)*

### VI. Elternmitwirkung und Schülerinnen- und Schülermitsprache

### VI. Elternmitwirkung und Schülerinnen- und Schülermitsprache

#### Art. 17 – Elternmitwirkung

- 1 An den Schulen ist eine Elternmitwirkung gemäss Art. 31 des Volksschulgesetzes vorzusehen.

- 2 Alle Eltern einer Klasse bilden eine Elterngesprächsgruppe. Diese wird durch eine von der Elterngesprächsgruppe gewählte Elternvertretung gemeinsam mit der Klassenlehrkraft geleitet. Die Elternvertreterin oder der Elternvertreter vertritt die Elterngesprächsgruppe nach aussen, insbesondere im Elternrat.

#### Art. 17

- 1 *Unverändert.*

- 2 Alle Eltern einer Klasse bilden eine Elterngesprächsgruppe. Diese wird durch eine von der Elterngesprächsgruppe gewählte Elternvertretung gemeinsam mit der Klassenlehrperson geleitet. Die Elternvertreterin oder der Elternvertreter vertritt die Elterngesprächsgruppe nach aussen, insbesondere im Elternrat.

3 Die Elterngesprächsgruppe befasst sich mit Fragen, die die Elternschaft der ganzen Klasse betreffen.

3 Unverändert.

4 Die Schulen richten Elternräte ein, in denen die Elternvertreterinnen oder -vertreter jeder Schulklasse vertreten sind.

4 Unverändert.

5 Der Elternrat befasst sich mit Fragen, welche die Elternschaft der ganzen Schule betreffen. Die Schule berät sich mit dem Elternrat in erzieherischen und organisatorischen Fragen. Er kann der Schulkommission und der Schulleitung Anträge stellen.

5 Der Elternrat befasst sich mit Fragen, welche die Elternschaft der ganzen Schule betreffen. Die Schule berät sich mit dem Elternrat in erzieherischen und organisatorischen Fragen. Er kann der zuständigen politisch-strategischen Behörde und der Schulleitung bzw. Tagesschulleitung Anträge stellen.

5a Die Elternräte sind in der Interessengemeinschaft Elternräte Künz (IgerKö) zusammengeschlossen. Der IgerKö gehört je ein Mitglied aus jedem Elternrat an. Stellvertretung ist möglich. Die IgerKö ist bei der Behandlung von übergeordneten strategischen Fragen von der Schulkommission anzuhören. Sie kann der Schulkommission Anträge stellen.

5a Die Elternräte sind in der Interessengemeinschaft Elternräte Künz (IgerKö) zusammengeschlossen. Der IgerKö gehört je ein Mitglied aus jedem Elternrat an. Stellvertretung ist möglich. Die IgerKö ist bei der Behandlung von übergeordneten strategischen Fragen von der zuständigen politisch-strategischen Behörde anzuhören. Sie kann dieser Anträge stellen.

An den Sitzungen der IgerKö nimmt eine Vertretung der Schulkommission teil. Das Sekretariat führt die BSS.

An den Sitzungen der IgerKö nimmt die Vorsteherin oder der Vorsteher der Direktion Bildung und Soziales teil. Das Sekretariat führt die BSS.

6 Die Schulkommission regelt die Organisation der Elternmitwirkung in Weisungen. Diese regeln insbesondere die Zusammenarbeit des Elternrats mit Schulleitung und Schulkommission und legen die Richtlinien für den Informationsfluss fest. Die Schulkommission kann festlegen, dass die Eltern mehrerer Schulen einen Elternrat bilden.

6 Aufgehoben.

Erläuterung: Die Zuständigkeit zum Erlass der Weisung ist neu im Anhang geregelt.

## Art. 18 – Schülerinnen- und Schülermitsprache

## Art. 18

1 In den Schulen ist eine stufengerechte Mitsprache der Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Elternmitwirkung und der Lehrerinnen- und Lehrerkonferenz vorzusehen.

1 Unverändert.

2 Die Mitsprache beinhaltet insbesondere die Möglichkeiten

- a) Anliegen, die die Schülerschaft der ganzen Schule betreffen, im Elternrat, bei der Schulleitung und in der Lehrerinnen- und Lehrerkonferenz einzubringen,
- b) via Schülerinnen- und Schülerräte den Schulleitungen Anträge zu stellen.

2 *Unverändert.*

3 Die Schülerinnen und Schüler sollen lernen, sich mit demokratischen Mitteln für die Lösung von Aufgaben und Problemen einzusetzen und Mitverantwortung in der Gemeinschaft zu übernehmen.

3 *Unverändert.*

4 Die Schulkommission regelt das Nähere in Weisungen.

4 *Aufgehoben.*

*Erläuterung: Die Zuständigkeit zum Erlass der Weisung ist neu im Anhang geregelt.*

## VII. Konferenzen und Ausschüsse

## VII. Konferenzen und Ausschüsse

### Art. 19 – Konferenz der Schulsportleiterinnen und Schulsportleiter

### Art. 19

- 1 Die Konferenz besteht aus den Schulsportleiterinnen und Schulsportleitern der Schulen.
- 2 Die Schulsportchefin oder der Schulsportchef führt den Vorsitz, die BSS das Sekretariat.
- 3 Die Konferenz bearbeitet und genehmigt alle Schulsportveranstaltungen. Sie kann zu allen Schulsportfragen Stellung nehmen.

*Unverändert.*

**Art. 20 – Konferenz der Schulleiterinnen und Schulleiter**

- 1 Die Konferenz besteht aus den Mitgliedern der Schulleitungen.
- 2 Die Konferenz bestimmt ihren Vorsitzenden oder ihre Vorsitzende. Die Wahl ist von der Schulkommission zu bestätigen. Die Amtsdauer der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden beträgt vier Jahre.  
  
Der Gemeinderat legt fest, in welchem Umfang die oder der Vorsitzende für diese Tätigkeit vom Schuldienst entlastet wird.
- 3 Die oder der Vorsitzende leitet die Konferenz. Die BSS führt das Sekretariat.
- 4 Die Konferenz befasst sich mit allen, das gesamte Bildungswesen betreffenden Fragen. Sie berät die ihr zugewiesenen oder von ihr aufgegriffenen Geschäfte und legt ihre Anträge den Behörden vor.

Sie befasst sich insbesondere mit folgenden Aufgaben:

1. Sie beschliesst pädagogische Konzepte, die für die ganze Gemeinde gelten.
2. Sie legt die Schlüssel fest, wie die Mittel aus der Spezialfinanzierung Volksschule auf die einzelnen Schulen zu verteilen sind.
3. Sie erlässt die Ferienordnung.
4. Sie setzt den Unterrichtsschluss vor Ferien und vor Feiertagen fest.

**Art. 20**

- 1 Die Konferenz besteht aus den Mitgliedern der Schulleitungen und der Leiterin oder dem Leiter der für die Leitung der Volksschule zuständigen Stelle der BSS.
- 2 Die Leiterin oder der Leiter der für die Leitung der Volksschule zuständigen Stelle der BSS hat den Vorsitz.
- 3 Mitarbeitende der für die Leitung der Volksschule zuständigen Stelle der BSS führen das Sekretariat.
- 4 Die Konferenz bespricht Themen aus dem Bereich Schulleitung und befasst sich mit allen das gesamte Bildungswesen betreffenden Fragen. Sie wird von der Stelle der BSS, die für die Leitung der Volksschule zuständig ist, beigezogen und berät sie.

*Erläuterung: Der Rest des bisherigen Absatz 4 entfällt:*

1. *Aufgehoben.  
(Erläuterung: Neu Zuständigkeit GR.)*
2. *Aufgehoben.  
(Erläuterung: Ist im Reglement 430.51 geregelt.)*
3. *Aufgehoben.  
(Erläuterung: Neu Zuständigkeit Leitung Volksschule)*
4. *Aufgehoben.  
(Erläuterung: Neu Zuständigkeit Leitung Volksschule)*



- |   |  |
|---|--|
| <p>5. Sie erlässt Richtlinien über die Versetzungen von Lehrkräften zwischen den Schulbezirken.</p> <p>6. Sie beaufsichtigt und organisiert die Schulzahnpflege in den öffentlichen und privaten Schulen.</p> | <p>5. <i>Aufgehoben.</i><br/>(Erläuterung: Heute nicht mehr relevant.)</p> <p>6. <i>Aufgehoben.</i><br/>(Erläuterung: Ist Aufgabe der FS Bildung.)</p> |
|---|--|
- 
- |  |   |
|--|---|
| <p>5 Bei Abstimmungen hat jede Schuleinheit eine Stimme. Die oder der Vorsitzende stimmt mit. Bei Stimmengleichheit hat die oder der Vorsitzende den Stichentscheid.</p> | <p>5 Sie kann zu Geschäften, die Themen und Fragen gemäss Absatz 4 betreffen, eine schriftliche Stellungnahme zu Händen des Gemeinderats abgeben.</p> <p>6 Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.</p> |
|--|---|

#### **Art. 21 – Konferenz der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter**

- 1 Die Konferenz besteht aus den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, die an Könizer Schulen arbeiten.
- 2 Die Konferenz bespricht Fragen der Schulsozialarbeit. Sie kann einheitliche Regelungen zu deren Arbeitsweise treffen.
- 3 Die Konferenz wird von der fachlichen Leitung geleitet.

#### **Art. 21 – Konferenz der Tagesschulleiterinnen und Tagesschulleiter**

- 1 Die Konferenz besteht aus den Mitgliedern der Tagesschulleitungen und der Leiterin oder dem Leiter der für die Leitung der Volksschule zuständigen Stelle der BSS.
- 2 Die Leiterin oder der Leiter der für die Leitung der Volksschule zuständigen Stelle der BSS hat den Vorsitz.
- 3 Mitarbeitende der für die Leitung der Volksschule zuständigen Stelle der BSS führen das Sekretariat.
- 4 Die Konferenz bespricht Themen aus dem Bereich Tagesschulleitung und befasst sich mit allen die Tagesbetreuung betreffenden Fragen. Sie wird von der Stelle der BSS, die für die Leitung der Volksschule zuständig ist, beigezogen und berät sie.

<sup>5</sup> Sie kann zu Geschäften, die Themen und Fragen gemäss Absatz 4 betreffen, eine schriftliche Stellungnahme zu Händen des Gemeinderats abgeben.

<sup>6</sup> Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.

*Erläuterung: Die Konferenz der Tagesschulleitungen wird hier eingeschoben.*

*Der bisherige Artikel 21 (Konferenz der SchulsozialarbeiterInnen) wird gezügelt, er wird neu zu Artikel 21bis; er bleibt inhaltlich unverändert. Die Umstellung erfolgt aus systematischen Gründen.*

#### **Art. 21bis – Konferenz der Tagesschulleiterinnen und Tagesschulleiter**

<sup>1</sup> Die Konferenz besteht aus den Tagesschulleiterinnen und Tagesschulleitern.

<sup>2</sup> Die Konferenz bespricht Fragen der Tagesschulen.

<sup>3</sup> Die Konferenz wird von der BSS geleitet.

#### **VIII. Operative Ebene**

#### **Art. 22 – Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BSS)**

<sup>1</sup> Die BSS befasst sich als zentrale Verwaltungsinstanz mit allen Angelegenheiten des Bildungs- und Erziehungswesens, deren

#### **Art. 21bis – Konferenz der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter**

<sup>1</sup> Die Konferenz besteht aus den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, die an Könizer Schulen arbeiten.

<sup>2</sup> Die Konferenz bespricht Fragen der Schulsozialarbeit. Sie kann einheitliche Regelungen zu deren Arbeitsweise treffen.

<sup>3</sup> Die Konferenz wird von der fachlichen Leitung geleitet.

#### **VIII. Weitere Schulorgane und -gremien**

#### **Art. 22**

<sup>1</sup> Unverändert.

Behandlung nicht durch kantonale Vorschriften oder durch dieses Reglement anderen Organen vorbehalten ist. Sie ist ferner zuständig für die Verwaltung der Schul- und Sportanlagen, das Bibliothekswesen und die Erwachsenenbildung.

- 2 Die BSS ist zuständig für die Erteilung von Benützungsbewilligungen von Schul- und Sportanlagen, Einrichtungen und Geräten für ausserschulische Zwecke.

Sie kann die Kompetenz zur Erteilung von Bewilligungen an einzelne Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter delegieren.

Während der Unterrichtszeit ist die Zustimmung der betroffenen Schulleitungen erforderlich.

- 3 Die BSS verwaltet das Ferienheim.

- 4 ...

#### **Art. 22bis – Koordinationsbüro**

- 1 Das Koordinationsbüro besteht aus der Abteilungsleiterin oder dem Abteilungsleiter der BSS und der oder dem Vorsitzenden der Konferenz der Schulleiterinnen und Schulleiter.

- 2 Bei der Behandlung von Fragen im Bereich der besonderen Massnahmen wird die Leiterin oder der Leiter der Koordinationsstelle für besondere Förderung Köniz (KSK) beigezogen.

- 3 Bei der Behandlung von Fragen der Schulsozialarbeit wird deren fachliche Leistung beigezogen.

- 2 *Aufgehoben (Erläuterung: Ist in der Verordnung 430.61 geregelt.)*

- 3 *Aufgehoben.*

- 4 *(wurde schon früher aufgehoben)*

#### **Art. 22bis**

*Aufgehoben.*

*Erläuterung: Das Koordinationsbüro entfällt. Der gesamte bisherige Artikel 22bis mit allen Absätzen wird aufgehoben.*

4 Die BSS führt das Sekretariat.

5 Das Koordinationsbüro hat folgende Aufgaben:

1. Vorbereitung der Sitzungen der Schulleitungskonferenz.
2. Koordination von Schulentwicklungsprojekten, die die ganze Gemeinde betreffen.
3. Vorbereitung der Planung der Klassen- und Lektionenzahlen zuhanden der Direktion DBS.
4. Koordination der Pensen von Lehrpersonen, welche in mehreren Schulen angestellt sind.
5. Regelung von Abläufen und Prozessen zwischen Schulen und Gemeindeverwaltung.
6. Unterstützung der Schulleitungen.
7. Operative Entscheide, die kurzfristig für alle Schulen gleich getroffen werden müssen.
8. Regelungen der Zuteilung der Schülerinnen und Schüler zu den Schulbezirken nach Wohnadressen.

#### **Art. 23 – Leitung der Schulen**

<sup>1</sup> Die Schulen werden durch Schulleiterinnen oder Schulleiter geführt. Die

#### **Art. 23**

<sup>1</sup> Die Schulstandorte werden durch Schulleiterinnen oder Schulleiter (Bereich

- |   |   |
|---|---|
| <p>Schulleitungen sind die Führungskader der Schulen der Gemeinde.</p> <p>2 Die Schulleitung wird von der Schulkommission nach Anhören der Lehrerkonferenz angestellt.</p>  | <p>Unterricht) und durch Tagesschulleiterinnen oder Tagesschulleiter (Bereich Betreuung) gemeinsam geführt. Die Schulleitungen und Tagesschulleitungen sind die Führungskader der Schulen der Gemeinde.</p> |
| <p>3 Die Schulleitung kann von mehreren Personen gemeinsam wahrgenommen werden. Die Schule wird gegen aussen von einer Person vertreten.</p>  | <p>2 <i>Aufgehoben.</i><br/>(Erläuterung: Neu erfolgt die Anstellung durch die Leitung Volksschule, siehe Anhang.)</p>  |
| <p>4 Die Aufgaben der Schulleitungen werden durch kantonale Vorschriften geregelt. Sie werden ergänzt durch ein Pflichtenheft, das von der Schulkommission erlassen wird.</p>   | <p>3 Sowohl die Schulleitung als auch die Tagesschulleitung kann von mehreren Personen gemeinsam wahrgenommen werden. Die Schule wird gegen aussen von einer Person vertreten.</p>                          |
| <p>5 Die Schulleitungen verwalten die Schulanlagen, die ihrer Schule zugeordnet sind.</p>   | <p>4 <i>Aufgehoben.</i><br/>(Erläuterung: Dieser Absatz ist aus heutiger Sicht überflüssig.)</p>  |
| <p>6 Für Aufgaben, die den Schulleitungen zusätzlich zu den kantonalen Vorschriften von der Gemeinde zugewiesen werden, können sie von dieser entschädigt werden. Der Gemeinderat bestimmt das Nähere.</p>  | <p>5 <i>Aufgehoben.</i><br/>(Erläuterung: Neu im Anhang geregelt.)</p>  |
| <p>7 Die Mitglieder von Schulleitungen müssen eine anerkannte Ausbildung als Schulleiterin oder Schulleiter oder eine gleichwertige Ausbildung absolviert haben, oder sich bereit erklären, diese innert 3 Jahren zu absolvieren. In begründeten Fällen genügt eine mehrjährige Erfahrung als Schulleiterin oder Schulleiter.</p> | <p>6 <i>Unverändert.</i></p>  |
| <p>8 Die Gemeinde fördert die Aus- und Weiterbildung der Schulleitungen</p>   | <p>7 <i>Unverändert.</i></p>  |
| <p>8 Die Gemeinde fördert die Aus- und Weiterbildung der Schulleitungen</p>   | <p>8 Die Gemeinde fördert die Aus- und Weiterbildung der Schulleitungen und der Tagesschulleitungen sowie Bestrebungen, welche die geleitete Schule unter-</p>  |

- |   |   |
|---|---|
| sowie Bestrebungen, welche die geleitete Schule unterstützen.   | stützen.  |
| 9 Schriftliche Verweise an eine Schülerin oder einen Schüler werden von den Schulleitungen erteilt.     | 9 <i>Aufgehoben.</i><br><i>(Erläuterung: Zuständigkeit bleibt unverändert. Regelung erfolgt neu im Anhang.)</i>                 |
| 10 Für Gefährdungsmeldungen an die Vormundschaftsbehörde sind die Schulleitungen zuständig.             | 10 <i>Aufgehoben.</i><br><i>(Erläuterung: Zuständigkeit bleibt unverändert. Regelung erfolgt neu im Anhang.)</i>                |
| 11 Den Schulleitungen stehen Sekretariate zur Verfügung. Der Gemeinderat legt die Höhe der Pensen fest. | 11 Den Schulleitungen und Tagesschulleitungen stehen Sekretariate zur Verfügung. Der Gemeinderat legt die Höhe der Pensen fest. |

**Art. 24 – Koordinationsstelle für besondere Förderung Köniz (KSK)****Art. 24**

- |  |  |
|--|--|
| 1 Die Koordinationsstelle für besondere Förderung Köniz (KSK) koordiniert den sonderpädagogischen Bereich in der Gemeinde Köniz. Die Schulkommission regelt die Aufgaben in Weisungen. | 1 Die Koordinationsstelle für besondere Förderung Köniz (KSK) koordiniert den sonderpädagogischen Bereich in der Gemeinde Köniz.<br><i>(Erläuterung: Die Weisungen werden neu von der Leitung Volksschule erlassen, siehe Anhang.)</i> |
| 2 ...  | 2 <i>(schon früher aufgehoben)</i>   |
| 3 Die KSK wird von einer Lehrkraft mit heilpädagogischer Ausbildung geleitet. Zusätzlich gilt Art. 23, Absatz 7.   | 3 Die KSK wird von einer Lehrperson mit sonderpädagogischer Ausbildung geleitet. Zusätzlich gilt Artikel 23 Absatz 7.  |
| 4 Die Leiterin oder der Leiter der KSK nimmt die Aufgaben einer Schulleitung für die zentral geführten Teile der besonderen Förderung wahr.  | 4 <i>Unverändert.</i>  |

<sup>5</sup> Die Leiterin oder der Leiter der KSK wird von der Schulkommission angestellt.

<sup>5</sup> *Aufgehoben.*

*Erläuterung: Neu wird die Leitung KSK, da sie eine Schulleitung ist, von der Leitung Volksschule angestellt (siehe Anhang).*

## Art. 25 – Personal in Schulen

## Art. 25

Für das Personal in Schulen, dessen Anstellungsbedingungen nicht durch kantonales Recht geregelt wird, gilt:

*Einleitungssatz: Aufgehoben.*

<sup>1</sup> Betreffend die Stellen für öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnisse gilt das Personalrecht der Gemeinde.

<sup>1</sup> Für Anstellungen im Geltungsbereich der kantonalen Gesetzgebung über die Anstellung von Lehrpersonen werden die Anstellungsbedingungen abschliessend durch den Kanton geregelt.

<sup>2</sup> Anstellungsbehörde ist die Schulleitung. Sie kann diese Kompetenz weiter delegieren.

<sup>2</sup> Für andere Anstellungen in einer Funktion in der öffentlichen Volksschule einschliesslich Tagesschulen und auf der Basis eines öffentlich-rechtlichen Arbeitsvertrags gilt das Personalrecht der Gemeinde.

*Erläuterungen:*

*Der ganze Artikel 25 wird aktualisiert. Er ist im Detail erstaunlich schwierig.*

*Zuerst eine Annäherung:*

- *Es geht nur um öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnisse. Es geht also nicht z.B. um Aufträge.*
- *Es geht um Tätigkeiten in der Volksschule. Das ist ziemlich genau gleichbedeutend mit «in den Schulanlagen». Um die Mitarbeitenden in der Gemeindeverwaltung (Abt. BSS) geht es hier also nicht.*
- *Einige Anstellungen fallen «unter das LAG», also unter die kantonale Gesetzgebung über die Anstellung von Lehrpersonen; andere nicht.*

*Somit betrifft Artikel 25 einigermaßen abschliessend folgende Personen / Funktionen:*

- Schulleitungen (sie fallen unter das LAG, siehe dort Art. 2 Abs. 1 Bst. b)
- Lehrpersonen (sie fallen unter das LAG, siehe dort Art. 2 Abs. 2)
- Schulsekretariate
- Hauswarschaften, Reinigung
- Schulsozialarbeit
- Tagesschulleitungen
- Betreuende Tagesschule

Für diesen Personenkreis gilt:

- Alle Personen sind von der Gemeinde angestellt. Niemand ist vom Kanton angestellt (auch nicht die Personen, die dem kantonalen Recht unterstehen). Ob Köniz all diesen Personen auch «Mitarbeitende» sagen will, kann aus rechtlicher Sicht offen bleiben (in der Regel meint «Mitarbeitende» die Personen, für die das Personalrecht der Gemeinde gilt).
- Doppelfunktionen sind in der Volksschule ziemlich häufig. In der Regel haben solche Personen dann mehrere Arbeitsverhältnisse (z.B. eines als Lehrperson, eines als Tagesschul-Betreuer/in).

Nun zu den Absätzen 1 und 2:

Absatz 1 ist rein deklaratorisch, er hält also nur fest, was ohnehin gilt.

Absatz 2 ist nicht rein deklaratorisch. Da die Schule im Grundsatz von der Gemeindeverwaltung losgelöst ist (einige AutorInnen bezeichnen die Schule als «unselbständige Anstalt»), ist es keineswegs selbstverständlich, dass die an der Schule tätigen Mitarbeitenden dem kommunalen Personalrecht unterstehen.

Für die betreffenden Mitarbeitenden gelten ergänzend noch Regelungen der Könizer Schulorgane (Weisungen, Konzepte u.a.).



3 Betreffend die Vertragsausstellung bei öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnissen gilt das Personalrecht der Gemeinde.

3 Falls die Gemeinde mit dem Kanton Bern eine Vereinbarung über die Gehaltsverarbeitung von Mitarbeitenden abschliesst, gelten im dort umschriebenen Umfang die kantonalen Bestimmungen auch für das Arbeitsverhältnis, das unter den vorstehenden Absatz 2 fällt.

*Erläuterung:*

*Absatz 3 betrifft Tagesschulangestellte, die gleichzeitig an der Volksschulstufe eine Anstellung nach Lehreranstellungsgesetzgebung haben. Ein Beispiel ist eine Lehrperson, die an einem Mittag noch in der Tagesschule arbeitet.*

*Absatz 3 ist kompliziert zu lesen. Er ermöglicht aber eine administrative Vereinfachung beim Lohn: Aufgrund einer Vereinbarung mit dem Kanton kann auch das Gehalt für die Anstellung an der Tagesschule über den Kanton (früher bekannt: «PERSISKA») abgerechnet werden. Das funktioniert allerdings nur, wenn die Gemeinde etliche gehaltsbezogene Bestimmungen von LAG und LAV übernimmt bzw. einhält. Absatz 3 stellt dies sicher.*

4 Für öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnisse gilt betreffend Kündigung und Erlass von weiteren personalrechtlichen Verfügungen das Personalrecht der Gemeinde. Dieses gilt auch für die Zuständigkeiten.

4 Ergänzend zur kantonalen Gesetzgebung über die Anstellung von Lehrpersonen und zum kommunalen Personalrecht gelten die Bestimmungen des vorliegenden Reglements, der Verordnung des Gemeinderats und die Vorgaben von Schulorganen.

*Erläuterung:*

*Weder das kantonale LAG noch das Könizer Personalrecht regeln sämtliche Themen. Absatz 4 regelt, was ergänzend gilt:*

*Beispielsweise muss die Gemeinde noch zahlreiche Zuständigkeiten regeln, und zwar auch für die Mitarbeitenden an den Volksschulen, die grundsätzlich unter das Personalrecht der Gemeinde fallen. Denn auch bei ihnen stellen sich etliche Fragen, weil sie zur Schule gehören, die ausserhalb der bekannten Hierarchie-Struktur der Gemeindeverwaltung liegt. Die nötigen Zuständigkeitsregelungen finden sich in den Anhängen von Bildungsreglement und Bildungsverordnung. Dort wird zum Beispiel geregelt, wer Volksschul-Mitarbeitende anstellt und wer sie führt.*

*Auch bei gewissen inhaltlichen Fragen zum Arbeitsverhältnis gibt es noch Regelungsbedarf. Verschiedene Vorgaben von Schulorganen (z.B. «Weisung Tagesschulen») machen am Rand auch gewisse Aussagen zum Arbeitsverhältnis.*

<sup>5</sup> Für öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnisse gilt im Übrigen das Personalrecht der Gemeinde.

<sup>5</sup> Aufgehoben.

<sup>6</sup> Die BSS koordiniert die Anstellungen. Sie kann betriebliche Vorschriften erlassen und regelt die fachlichen Leitungen der verschiedenen Berufsgruppen. Die BSS unterstützt die Schulen in der Personaladministration.

<sup>6</sup> Aufgehoben.

## IX. Bibliothekswesen

## IX. Bibliothekswesen

### Art. 26 – Öffentliche Bibliotheken

### Art. 26

<sup>1</sup> Die Gemeinde führt im Sinne des Gesetzes über die Förderung der Erwachsenenbildung Gemeindebibliotheken.

<sup>1</sup> Die Gemeinde führt Gemeindebibliotheken.

*Erläuterung: Das bisher erwähnte kantonale Gesetz gibt es nicht mehr.*

<sup>2</sup> Die Führung der Gemeindebibliotheken wird dem Verein Könizer Bibliotheken übertragen.

<sup>2</sup> Unverändert.

<sup>3</sup> Der Gemeinderat regelt das Nähere in einem Vertrag.

<sup>3</sup> Unverändert.

## Art. 27 – Schulbibliotheken

## Art. 27

<sup>1</sup> Die Schulen sind verpflichtet, Schulbibliotheken einzurichten.

<sup>1</sup> Unverändert.

<sup>2</sup> Die Führung und Organisation der Schulbibliotheken ist Sache der einzelnen Schulen.

<sup>2</sup> Unverändert.

<sup>3</sup> Die Schulen sind ermächtigt, mit dem Verein Könizer Bibliotheken zusammenzuarbeiten. Die Schulkommission regelt das Nähere in einem Vertrag.

<sup>3</sup> Die Schulen sind ermächtigt, mit dem Verein Könizer Bibliotheken zusammenzuarbeiten. Der Gemeinderat regelt das Nähere in einem Vertrag.

## X. Musikschule

## X. Musikschule

### Art. 28 – Musikschule

### Art. 28

<sup>1</sup> Die Gemeinde führt im Sinne des kantonalen Gesetzes über die Musikschulen eine Musikschule.

Unverändert.

<sup>2</sup> Die Führung der Musikschule wird dem Verein Musikschule übertragen.

<sup>3</sup> Der Gemeinderat regelt das Nähere in einem Vertrag.

**XI. Gesundheits- und Sozialdienst****XI. Gesundheits- und Sozialdienst****Art. 29 – Schulärztlicher Dienst****Art. 29**

<sup>1</sup> Der schulärztliche Dienst wird in der Regel durch in der Gemeinde Köniz praktizierende Ärztinnen und Ärzte im Nebenamt besorgt.

<sup>1</sup> *Unverändert.*

<sup>2</sup> Die Schulärztinnen und Schulärzte werden von der Schulkommission gewählt. Die Anstellung richtet sich nach kantonalen Bestimmungen.

<sup>2</sup> Die Schulärztinnen und Schulärzte werden vom Gemeinderat gewählt. Die Anstellung richtet sich nach kantonalen Bestimmungen.

<sup>3</sup> Für die regelmässigen vorbeugenden Massnahmen in den Schulen ernennt die BSS ausgewiesene Fachpersonen. Deren Aufgaben werden in den Anstellungsverträgen festgesetzt.

<sup>3</sup> *Unverändert.*

<sup>4</sup> Die Schulärztinnen und Schulärzte bezeichnen eine Kontaktperson zu Schulen und Gemeinde.

<sup>4</sup> *Unverändert.*

**Art. 30 – Schulzahnärztlicher Dienst****Art. 30**

<sup>1</sup> Der schulzahnärztliche Dienst wird in der Regel durch in der Gemeinde Köniz praktizierende Zahnärztinnen und Zahnärzte im Auftragsverhältnis besorgt.

<sup>1</sup> *Unverändert.*

<sup>2</sup> Die Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzte werden von der Schulkommission gewählt. Ihre Aufgaben richten sich nach den Verträgen, die durch die BSS ausgearbeitet werden.

<sup>2</sup> Die Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzte werden vom Gemeinderat gewählt. Ihre Aufgaben richten sich nach den Verträgen, die durch die BSS ausgearbeitet werden.

- |   |                       |
|---|-----------------------|
| 3 Für die regelmässigen vorbeugenden Massnahmen in den Schulen ernennt die BSS ausgewiesene Fachpersonen. Deren Aufgaben werden in den Anstellungsverträgen festgesetzt.  | 3 <i>Unverändert.</i> |
| 4 Jede Schulleitung ernennt eine Schulzahnpflegeleiterin oder einen Schulzahnpflegeleiter, welche/welcher unter anderem die Untersuchungen der Schülerinnen und Schüler und den praktischen Mund- und Zahnpflegeunterricht organisiert. Die Aufgaben der Schulzahnpflegeleiterinnen und Schulzahnpflegeleiter sind in einer Stellenbeschreibung festgehalten. Die Entschädigung erfolgt über den Administrationspool der Schulen (Lastenverteiler Lehrergehälter).                          | 4 <i>Unverändert.</i> |
| 5 Die Gemeinde gewährt auf Gesuch hin Eltern mit ungenügendem Einkommen und Vermögen einen Beitrag an die Behandlungskosten. Die Beiträge sind abzustufen, wobei das steuerbare Einkommen, sowie 5% des Fr. 100'000.00 übersteigenden steuerbaren Vermögens und die Kinderzahl der Familie mit zu berücksichtigen sind. Der Gemeindebeitrag beträgt im Maximum 90% der Behandlungskosten. Im Übrigen setzt der Gemeinderat die Einzelheiten der Bezugsberechtigung auf Antrag der DBS fest. | 5 <i>Unverändert.</i> |
| 6 Die Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzte bezeichnen eine Kontaktperson zu Schulen und Gemeinde.  | 6 <i>Unverändert.</i> |

**Art. 31 – Schulsozialarbeit****Art. 31**

- |  |                       |
|--|-----------------------|
| 1 Lehrkräfte und Eltern können in der Erziehung der Kinder durch Schulsozialarbeit unterstützt werden. | 1 <i>Unverändert.</i> |
| 2 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sind der jeweiligen                                 | 2 <i>Aufgehoben.</i>  |

Schulleitung unterstellt. Die Konferenz der Schulleiterinnen und Schulleiter erstellt die Stellenbeschreibung.

- <sup>3</sup> Eine fachliche Leitung regelt Fragen, die an allen Schulen einheitlich zu handhaben sind. <sup>3</sup> *Aufgehoben.*

## **XII. Soziale Einrichtungen**

## **XII. Soziale Einrichtungen**

### **Art. 32 – Beiträge an die Kosten von Schulveranstaltungen**

### **Art. 32**

- <sup>1</sup> Die Gemeinde gewährt Eltern mit ungenügendem Einkommen und Vermögen einen jährlichen Beitrag an die Kosten von Schulveranstaltungen. <sup>1</sup> *Unverändert.*
- <sup>2</sup> Die Organisation der Verbilligung ist Sache der Schulleitungen. <sup>2</sup> *Unverändert.*
- <sup>3</sup> Der Gemeinderat legt die Ansätze sowie die Kriterien der Bezugsberechtigung fest. Die Ermittlungen der Bezugsberechtigten erfolgen durch die Schulleitungen. <sup>3</sup> *Unverändert.*

### **Art. 33–35**

### **Art. 33–35**

...

*(schon früher aufgehoben)*

### **Art. 36 – Ferienlager**

### **Art. 36**

Bisheriger Text	Entwurf
1 Während der Ferien können Lager durchgeführt werden. Die Schulkommission regelt das Nähere.	1 Während der Ferien können Lager durchgeführt werden. Der Gemeinderat regelt das Nähere.
2 Die Lager finden soweit möglich im Ferienheim der Gemeinde Köniz statt.	2 <i>Aufgehoben.</i>
3 Für die Koordination der Lagertätigkeit während der Ferien besteht ein Leitungsteam, das sich aus Lehrkräften, Vertreterinnen und Vertretern des Schulsports und der BSS zusammensetzt.	3 <i>Unverändert.</i>
4 Die Eltern haben für Reise, Unterkunft und Verpflegung einen angemessenen Beitrag zu bezahlen. Eltern mit ungenügendem Einkommen und Vermögen haben Anrecht auf Ermässigung.	4 <i>Unverändert.</i>
5 Der Gemeinderat bestimmt auf Antrag der DBS die Ansätze.	5 <i>Unverändert.</i>
<b>Art. 37 – Besondere Schulveranstaltungen</b>	<b>Art. 37</b>
1 Die Gemeinde unterstützt besondere Schulveranstaltungen der Schulen wie Schulverlegungen und Projektwochen und -tage mit Beiträgen.	1 <i>Unverändert.</i>
2 Der Gemeinderat legt auf Antrag der DBS die Beiträge fest.	2 <i>Unverändert.</i>
<b>XIIa. Tagesschulen</b>	<b>XIIa. Tagesschulen</b>
<b>Art. 37a – Grundsätze</b>	<b>Art. 37a</b>
1 Tagesschulangebote gemäss Art. 14 d–h Volksschulgesetz (VSG) sollen an	1 <i>Unverändert.</i>

möglichst allen Schulen geführt werden.

2 Volksschule und Tagesschule bilden in jedem Schulbezirk eine Einheit. Die Tagesschulen unterstehen der Aufsicht der Schulkommission.

2 Volksschule und Tagesschule bilden in jedem Schulbezirk eine Einheit. Die Tagesschulen unterstehen der Aufsicht **des Gemeinderats**.

3 Der Bedarf bei den Eltern wird einmal pro Jahr durch die Schulleitung der einzelnen Schulen erhoben.

3 Der Bedarf bei den Eltern wird einmal pro Jahr durch die **Tagesschulleitung** der einzelnen Schulen erhoben.

4 Die Module werden bei einer Nachfrage von 10 oder mehr Kindern pro Schule geführt.

4–7 *Unverändert.*

5 Bei einer Nachfrage von 6 bis 9 Kindern werden die Module in der Regel im Schulbezirk geführt.

6 Bei einer Nachfrage von 1 bis 5 Kindern werden die Module durch die Ganztageschule Oberscherli geführt.

7 Die Frühbetreuung beginnt ab 7.00 Uhr und dauert bis Unterrichtsbeginn. Die Nachmittagsbetreuung dauert bis 18.00 Uhr.

#### **Art. 37b – Ganztageschule Oberscherli**

#### **Art. 37b**

1 Die Ganztageschule wird an der Schule Oberscherli geführt.

*Aufgehoben.*

*(Erläuterung: Die Ganztageschule Oberscherli wird nicht mehr geführt.)*

2 Sie kann von Kindern der ganzen Gemeinde besucht werden. Sie müssen mindestens 50% des Angebotes belegen. Für Kinder des Einzugsgebiets der Schule Oberscherli gilt diese Einschränkung nicht.



**Art. 37c – Personal**

- <sup>1</sup> Die Betreuung der Schülerinnen und Schüler wird durch mindestens zur Hälfte pädagogisch oder sozialpädagogisch ausgebildetes Personal erbracht.
- <sup>2</sup> Die Tagesschulleitung ist der Schulleitung unterstellt.
- <sup>3</sup> Die Tagesschulleitung wird im Semester vor der Eröffnung einer Tagesschule angestellt. Die Entschädigung regelt die Schulkommission. Sie berücksichtigt die jeweilige Grösse der Tagesschule.
- <sup>4</sup> Für die Lehrkräfte gelten die Regelungen des kantonalen Lehrer-anstellungsgesetzes LAG. Sie werden in Stellenprozenten pro Arbeitsstunde in der Tagesschule entschädigt.
- <sup>5</sup> Die übrigen Angestellten unterstehen dem Personalrecht der Gemeinde.

**Art. 37d – Elterngebühren**

- <sup>1</sup> Die Elterngebühren werden gemäss kantonalem Gebührentarif erhoben.
- <sup>2</sup> Für die Mahlzeiten werden Gebühren erhoben, die nicht höher als die Selbstkosten sein dürfen. Sie werden von der Schulkommission für die ganze Gemeinde einheitlich festgelegt.
- <sup>3</sup> Bei verspäteter Abgabe (ab 1. September des jeweiligen Schuljahres) der Lohnunterlagen wird eine Pauschalgebühr von Fr. 200.00 für entstandene

**Art. 37c**

- <sup>1</sup> Unverändert.

- <sup>2</sup> Betreffend Personalrecht gilt Artikel 25.

- <sup>3–5</sup> Aufgehoben.

*Erläuterung: Absatz 1 soll unverändert bleiben. Der Rest von Artikel 37c wird umgestaltet; das ist abgestimmt auf den neu formulierten Artikel 25.*

**Art. 37d**

- <sup>1</sup> Unverändert.

- <sup>2</sup> Für die Mahlzeiten werden Gebühren erhoben, die nicht höher als die Selbstkosten sein dürfen. Sie werden vom Gemeinderat für die ganze Gemeinde einheitlich festgelegt.

- <sup>3</sup> Unverändert.

Unkosten erhoben.

**Art. 37e – Weisungen der Schulkommission**

Die Schulkommission regelt das Nähere für den Betrieb der Tagesschule in Weisungen.

**Art. 37e**

*Aufgehoben.*

*(Erläuterung: Die Weisungen werden neu durch den Gemeinderat erlassen, siehe Anhang.)*

**XIIb. Sonderschulen****XIIb. Besondere Volksschule Köniz****Art. 37f – Grundsätze**

Die Gemeinde führt eine Sonderschule im Sinn der kantonalen Verordnung vom 8. Mai 2013 über die sonderpädagogischen Massnahmen (Sonderpädagogikverordnung).

**Art. 37f**

Die Gemeinde führt eine besondere Volksschule im Sinn der kantonalen Vorgaben.

**Art. 37g – Leitung der Sonderschule**

Die Sonderschule wird von der Leiterin oder vom Leiter der Koordinationsstelle für besondere Förderung Köniz (KSK) geleitet.

**Art. 37g**

*Aufgehoben.*

**Art. 37h – Personal**

Für die Leitung der Sonderschule, die Lehrkräfte und die weiteren sonderpädagogischen Mitarbeitenden der Sonderschule (mit Ausnahme der

**Art. 37h**

*Aufgehoben.*

Praktikantinnen und Praktikanten) gelten die kantonalen Regelungen über die Anstellung der Lehrkräfte.

*Neuer Gliederungstitel nach Artikel 37h:*

### **XIIc. Benützung der Schul- und Sportlagen**

#### **Art. 37i – Verordnung des Gemeinderats (neu)**

Der Gemeinderat erlässt eine Verordnung über die Benützung der Schul- und Sportanlagen. Er legt die Beiträge für die Benützung der Schul- und Sportanlagen fest. Er kann Bussen bis zur Maximalhöhe des kantonalen Rechts vorsehen.

*(Erläuterung: Inhaltlich unverändert; bisher in Artikel 10 geregelt.)*

### **XIII. Erwachsenenbildung**

### **XIII. Erwachsenenbildung**

#### **Art. 38 – Erwachsenenbildung**

#### **Art. 38**

- <sup>1</sup> Die Erwachsenenbildung wird im Rahmen der kantonalen Gesetzgebung gefördert.
- <sup>2</sup> Die BSS koordiniert das Kurswesen. Sie schreibt Kurse der Gemeinde und der nichtkommerziellen Trägerorganisationen mit Sitz in Köniz aus. Für diese erledigt die BSS die Kursadministration und die Kursabrechnung.
- <sup>3</sup> Die Gemeinde führt Kurse durch, die im Interesse der Allgemeinheit und der Gemeinde liegen. Schwerpunkte bilden die Bereiche Nachholbildung,

*Unverändert.*

Erziehung, Gesundheit und Integration. Die BSS legt das Kursgeld fest.

<sup>4</sup> Weitere Aufgaben sind die Marktbeobachtung, die Informationsvermittlung an die Träger sowie die Beratung aller an der Erwachsenenbildung interessierten Personen.

<sup>5</sup> Die Volkshochschule Bern wird im Rahmen eines regionalen Vertrags unterstützt, der vom Gemeinderat abgeschlossen wird.

#### **XIV. Ferienheim**

**XIV.** *Gliederungstitel aufgehoben.*

##### **Art. 39 – Ferienheim**

##### **Art. 39**

Die Gemeinde kann ein Ferienheim führen.

*Aufgehoben.*

#### **XV. Schulsport und freiwillige Kurse**

#### **XV. Schulsport und freiwillige Kurse**

##### **Art. 40 – Freiwilliger Schulsport**

##### **Art. 40**

<sup>1</sup> Die Gemeinde führt auf Grund der eidgenössischen und kantonalen Vorschriften freiwilligen Schulsport durch.

<sup>1</sup> *Unverändert.*

<sup>2</sup> Jede Schulleitung ernennt eine oder mehrere Lehrerinnen oder Lehrer als Schulsportleiterinnen oder Schulsportleiter.

<sup>2</sup> *Unverändert.*

<sup>3</sup> Der freiwillige Schulsport steht in der Gemeinde unter der Leitung einer

<sup>3</sup> Der freiwillige Schulsport steht in der Gemeinde unter der Leitung einer

Schulsportchefin oder eines Schulsportchefs. Diese/dieser wird nach Anhörung der Konferenz der Schulsportleiterinnen und Schulsportleiter von der Schulkommission ernannt. Der Gemeinderat regelt die Entschädigung.

Schulsportchefin oder eines Schulsportchefs. Diese/dieser wird nach Anhörung der Konferenz der Schulsportleiterinnen und Schulsportleiter von der BSS ernannt. Der Gemeinderat regelt die Entschädigung.

4 Die Schulsportchefin oder der Schulsportchef wird von der BSS administrativ unterstützt.

4 Unverändert.

5 Der Gemeinderat setzt die Höhe der Elternbeiträge fest.

5 Unverändert.

#### **Art. 41 – Freiwillige Kurse**

#### **Art. 41**

1 Die BSS kann für die ganze Gemeinde oder auf Antrag der Schulleitungen für einzelne Schulen weitere freiwillige Kurse anbieten.

1 Unverändert.

2 Teilnahmeberechtigt sind Kinder, sobald sie den Kindergarten besuchen, sowie Schülerinnen und Schüler vom 1. Schuljahr an.

2 Teilnahmeberechtigt sind Kinder, sobald sie die Schuleingangsstufe besuchen.

3 Der Gemeinderat bestimmt auf Antrag der DBS die Entschädigung der Kursleitung.

3 Unverändert.

#### **XVI. Allgemeine Bildungsbestrebungen**

#### **XVI. Allgemeine Bildungsbestrebungen**

#### **Art. 42 – Allgemeine Bildungsbestrebungen**

#### **Art. 42**

1 Die Gemeinde kann allgemeine Bildungsbestrebungen wie kulturelle Veranstaltungen von und für Schulen, Ludotheken, Spielgruppen

Unverändert.

unterstützen.

<sup>2</sup> Die nötigen Mittel werden mit der Genehmigung des Budgets bewilligt.

## **XVII. Rechtspflege**

### **Art. 43 – Rechtspflege**

Die Rechtspflege richtet sich nach den Bestimmungen des kantonalen Schulrechts und des Verwaltungsrechtspflegegesetzes.

## **XVIII. Übergangs- und Schlussbestimmungen**

### **Art. 44 – Inkrafttreten**

<sup>1</sup> Das Reglement tritt am 1. August 2006 in Kraft.

<sup>2</sup> Auf diesen Zeitpunkt werden folgende Reglemente aufgehoben:

- Reglement über die Organisation des Schulwesens in der Gemeinde Köniz vom 28. Juni 1993
- Reglement über die Organisations- und Zusammenarbeitsformen auf der Sekundarstufe vom 2. Mai 1994

## **XVII. Rechtspflege**

### **Art. 43**

*Unverändert.*

## **XVIII. Übergangs- und Schlussbestimmungen**

### **Art. 44**

*Unverändert.*

*(Erläuterung: Bei Teilrevisionen wird das Inkrafttreten nicht hier geregelt, sondern durch Beschluss von Parlament oder Gemeinderat.)*

- Reglement über die Kindergärten in der Gemeinde Köniz vom 13. Dezember 1993
- Reglement über die Erwachsenenbildung vom 25. Oktober 1993

**Art. 45 – Allgemeines**

Soweit dieses Reglement keine besonderen Bestimmungen enthält, gilt das kantonale Recht.

**Art. 45**

*Unverändert.*

**Art. 46 – Übergangsbestimmung zur Änderung vom 6. Dezember 2021**

- <sup>1</sup> Nach dem Inkrafttreten der Änderung vom 6. Dezember 2021 werden noch für ein Schuljahr spezielle Sekundarklassen (8. Schuljahr) geführt, die organisatorisch dem Gymnasium Köniz-Lerbermatt angegliedert sind.
- <sup>2</sup> Diese Klassen können von Schülerinnen und Schülern besucht werden, die dort bereits das 7. Schuljahr beendet haben.

**Art. 46**

*Aufgehoben.*

*(Erläuterung: Diese Bestimmung hat keine Anwendungsfälle mehr.)*

**Art. 47 (neu) – Übergangsbestimmung zur Änderung vom 15. September 2025**

Unter bisherigem Recht gefasste Vorgaben (bezeichnet als Weisungen, Konzepte und dergleichen) behalten ihre Gültigkeit, bis sie durch Vorgaben der nach neuem Recht zuständigen Organe abgelöst werden.

*Erläuterung:*

*Es bestehen zahlreiche Vorgaben, die das ganze Volksschulwesen der Gemeinde*

*Köniz im Detail organisieren. Möglicherweise wird es nicht gelingen, alle Vorgaben bis zum August 2026 den neu zuständigen Organen zum Beschluss vorzulegen. In erster Priorität müssen diejenigen Vorgaben bearbeitet werden, die vom Projekt Bildungssteuerung stark betroffen sind. Vorgaben, die sich kaum ändern, können später bearbeitet werden; gestützt auf Artikel 47 behalten sie vorderhand ihre Gültigkeit.*

Köniz, 16. Februar 2006

Im Namen des Parlamentes:

Der Präsident:

Die Sekretärin:

Niklaus Hofer

Anita Fehlmann



## Anhang

### Tabelle Entscheidkompetenzen und Antragsrechte

#### Legende

Die Tabelle regelt Zuständigkeiten, nämlich wer Anträge stellt (A) und wer Entscheide fällt (E). «Entscheid» kann je nach Situation bedeuten: Erlass einer Weisung, Vertragsschluss, Verfügung, Bewilligung, Anstellung etc.

Die **fetten** Tabellen-Einträge sind wichtig, sie werden durch das Parlament festgelegt und geändert, sie stehen somit auf Stufe Reglement.

Die nicht-fetten Tabellen-Einträge werden durch den Gemeinderat festgelegt und geändert, sie stehen somit auf Stufe Verordnung.

Der Einfachheit halber sind die Zuständigkeitsregelungen in einer einzigen Tabelle zusammengefasst. Die Tabelle ist Anhang des Reglements und auch Anhang der Verordnung. Änderungen werden immer in beiden Anhängen nachgetragen.

Einige Entscheid-Zuständigkeiten der Abteilung BSS sind mit einem Pfeil versehen (**◀E**). Das ist so zu verstehen: Das Parlament legt fest, dass der Entscheid innerhalb der Abteilung BSS von einer Fachstelle gefällt wird. Der Gemeinderat legt fest, *welche* Fachstelle den Entscheid fällt.

		Schulleitung	Tagesschulleitung	FS Bildung	FS Leitung Volksschule	FS Prävention	FS Anlagen und Sport	Abteilung BSS	Direktion DBS	Gemeinderat	Parlament
<b>A Allgemein</b>											
1	Bildungsstrategie								A	E	
2	Vorgaben (Konzepte, Weisungen, Leitbilder u. dgl.) ganze Gemeinde zu ...										
2.1	... Elternmitwirkung								A	E	
2.2	... SchülerInnen-Mitsprache								A	E	
2.3	... Pädagogik							A	E		
2.4	... Schul- und Qualitätsentwicklung								A	E	
2.5	... einfache, unterstützende und verstärkte sonderpädagogische Massnahmen in der Regelschule								A	E	
2.6	... Information / Kommunikation								A	E	
2.7	... Krisen								A	E	
2.8	... Personal								A	E	
2.9	... Tagesschulen								A	E	
2.10	... Verwendung der besonderen Vermögen der Schulen									E	

		Schulleitung	Tagesschulleitung	FS Bildung	FS Leitung Volksschule	FS Prävention	FS Anlagen und Sport	Abteilung BSS	Direktion DBS	Gemeinderat	Parlament
3	Schulprogramm				E						
4	Änderung Unterrichtsmodelle Zyklus 3 inkl. Führung der Niveaus (Real, Sek, spezSek)									A	E
5	Übernahme freiwillige Aufgaben der Gemeinde, z. B. Schulsport, MuKi-Deutsch, ...									A	E
6	Schulversuche								A	E	
7	Verteilung MR-Lektionen				E						
<b>B Pädagogik</b>											
1	Allgemeine pädagogische und betriebliche Führung der Volksschulen	E									
2	Schullaufbahnentscheide	E									
3	Disziplinar massnahmen gegenüber SuS ohne Art. 28 VSG	E									
4	Schriftlicher Verweis an die Adresse von Schülerinnen und Schüler	E									
5	Ausschluss vom Unterricht (Art. 28 VSG)							E			
6	Entlassung aus der Schulpflicht (Art. 24 Abs. 1 VSG)							A	E		
7	Einfache sonderpädagogische und unterstützende Massnahmen Regelschule (MR)	E									
8	Verstärkte sonderpädagogische Massnahmen in der Regelschule, besonderes Volksschulangebot (bVSAint)	E									

		Schulleitung	Tagesschulleitung	FS Bildung	FS Leitung Volksschule	FS Prävention	FS Anlagen und Sport	Abteilung BSS	Direktion DBS	Gemeinderat	Parlament
9	Talentförderung (Kunst und Sport)	E									
<b>C Personal</b>											
1	Führung der Individuellen Pensenbuchhaltung	E									
2	Pflichtenheft Schulleitung, Tagesschulleitung				E						
3	Verteilung SL-Pools	A			E						
4	Verteilung Pool Spezialaufgaben	E									
5	Alle Vorgesetztenaufgaben und -befugnisse ... <sup>1</sup>										
5.1	... betreffend Lehrpersonen	<b>E</b>									
5.2	... betreffend Schulleitungen				E			< E			
5.3	... betreffend Schulsekretariate			E				< E			
5.4	... betreffend Schulsozialarbeitende					E		< E			
5.5	... betreffend Hauswirtschaft, Reinigung						E	< E			

<sup>1</sup> «Alle Vorgesetztenaufgaben und -befugnisse» meint: Die Leitung der genannten Organisationseinheit ist zuständig für Anstellung, Kündigung, Erlass weiterer Verfügungen wo nötig, alle weiteren Führungsaufgaben inkl. Mitarbeitendengespräche, Erteilung von Bewilligungen wo nötig, Aussprechen von Disziplinar massnahmen, Behandlung von Aufsichtsanzeigen, Genehmigung von Urlauben.

		Schulleitung	Tagesschulleitung	FS Bildung	FS Leitung Volksschule	FS Prävention	FS Anlagen und Sport	Abteilung BSS	Direktion DBS	Gemeinderat	Parlament
5.6	... betreffend Tagesschulleitende				E			^ E			
5.7	... betreffend Mitarbeitende Tagesschule		E								
<b>D Finanzen</b>											
1	Verteilung der Betriebsmittel der Schulen							E			
2	Verwaltung der Betriebsmittel der Schulen innerhalb der einzelnen Schule	E									
3	Führung der Betriebsmittelrechnung	E									
<b>E Administration/Organisation</b>											
1	Festlegung der Schulorganisationseinheiten								A	E	
2	Schulbezirke:										
2.1	a) Grundsätzliche Zuteilung nach Wohnadressen								A	E	
2.2	b) Richtlinien für andere Zuteilung (zum Ausgleich oder auf Gesuch hin)								A	E	
2.3	c) Konkrete Entscheide über Schülerinnen und Schüler								E		
3	Verträge mit anderen Gemeinden über Schulbesuch								A	E	
4	Entscheid über Gesuche für Schulbesuch in anderer Gemeinde							A	E		

		Schulleitung	Tagesschulleitung	FS Bildung	FS Leitung Volksschule	FS Prävention	FS Anlagen und Sport	Abteilung BSS	Direktion DBS	Gemeinderat	Parlament
5	Zuständigkeit für die Schulanlagen während der Unterrichtszeiten	E									
6	Zuständigkeit für die Schulanlagen ausserhalb der Unterrichtszeiten						E				
7	Erlass von Haus- und Pausenordnung	E									
8	Festsetzung der jährlichen Unterrichts- und Ferienzeiten				E						
9	Genehmigung von Schulanlässen und -reisen	E									
10	Sozialtarif für Schulverlegungen								A	E	
11	Schaffung und Aufhebung von Klassen								E		
12	Pensenzuteilung, Stundenpläne	E									
<b>F Strafanzeigen und Gefährdungsmeldungen</b>											
1	Einreichung von Strafanzeigen bei Schulversäumnis	A			E						
2	Gefährdungsmeldungen an KESB	E									
<b>G Weitere Kompetenzen</b>											
1	Wahl der SchulärztInnen								A	E	
2	Wahl der Schulzahnärztinnen								A	E	



## Geschäftsreglement des Parlamentes, Änderung, Entwurf

Bisheriger Text

Entwurf

...

### 3. Kommissionen

#### 3.1 Kommissionen und ihre Aufgaben

##### Art. 22<sup>1</sup>

Geschäfts-  
prüfungs-  
kommission

<sup>1</sup> Aufgaben, Wahl, Amtsdauer und Wiederwählbarkeit der Geschäftsprüfungskommission (GPK) sind in der Gemeindeordnung geregelt (Art. 54, 41 und 26 GO). Die erste Wahl erfolgt in der ersten Sitzung einer Legislaturperiode.

<sup>2</sup> ...

##### Art. 23<sup>2</sup>

Redaktions-  
kommission

<sup>1</sup> Die Redaktionskommission bearbeitet Botschaften an die Stimmberechtigten (vgl. Art. 46 Abs. 2 und 3 und Art. 47).

##### Art. 22

*Unverändert.*

##### Art. 23

*Unverändert.*

---

<sup>1</sup> Fassung vom 18. August 2008

<sup>2</sup> Absatz 1 Fassung vom 19. Oktober 2009, Absatz 3 eingefügt am 19. Oktober 2009



- 2 Sie besteht aus fünf Mitgliedern des Parlamentes. Das Präsidium und die Mitglieder werden vom Parlament jeweils für eine Legislatur gewählt; Wiederwahl ist möglich. Die erste Wahl erfolgt in der ersten Sitzung einer Legislaturperiode.
- 3 Sie zieht zu ihren Beratungen eine Vertretung der zuständigen Direktion bei.

**Art. 24**

Nichtständige  
Kommissionen

- 1 Das Parlament kann nichtständige Kommissionen nach Art. 66 GO einsetzen.
- 2 Wird eine nichtständige Kommission für die Durchführung einer besonderen Untersuchung beauftragt, gilt Art. 17 des GPK-Reglements sinngemäss.<sup>3</sup>

**Art. 25<sup>4</sup>**

Schul-  
kommissionen

- 1 Die Wahl der Schulkommissionen (Art. 12 ff. des Bildungsreglements vom 13. Februar 2006) erfolgt auf den 1. August des ersten Jahres der Legislaturperiode.

Beginn der  
Amtsdauer

Andere Kommissionen

- 2 Die Wahl aller übrigen durch das Parlament zu wählenden Kommissionen erfolgt auf den 1. Februar des ersten Jahres der Legislaturperiode.

**3.2 Organisation****Art. 24**

*Unverändert.*

**Art. 25**

- 1 **Aufgehoben**

- 2 **Die Wahl der durch das Parlament zu wählenden Kommissionen erfolgt auf den 1. Februar des ersten Jahres der Legislaturperiode.**

**3.2 Organisation**

*Unverändert.*

<sup>3</sup> Eingefügt am 11. November 2024

<sup>4</sup> Absatz 1 samt Marginalie Fassung vom 29. Juni 2009

## **Bildungsverordnung**

**[Datum]**

## **Chronologie**

### **Erlass**

Die Angaben werden nach dem Beschluss eingefügt.

Der Gemeinderat, gestützt auf Artikel 60 Buchstabe m der Gemeindeordnung vom 16. Mai 2004 und auf Artikel 9a Absatz 3 des Bildungsreglements vom 13. Februar 2006, erlässt folgende

## **Bildungsverordnung**

### **Art. 1**

Der Anhang zu dieser Verordnung

- a) weist Aufgaben und Befugnisse, die im Bildungsreglement (inklusive Anhang) der Abteilung zugewiesen werden, an Organisationseinheiten innerhalb der Abteilung Bildung, soziale Einrichtungen und Sport zu;
- b) weist weitere Aufgaben und Befugnisse zu.

### **Art. 2**

Diese Verordnung tritt am 1. August 2026 in Kraft.

Köniz, [Datum]

Im Namen des Gemeinderates

Die Gemeindepräsidentin

Der Gemeindeschreiber

Tanja Bauer

Pascal Arnold

## Anhang

### Tabelle Entscheidkompetenzen und Antragsrechte

#### Legende

Die Tabelle regelt Zuständigkeiten, nämlich wer Anträge stellt (A) und wer Entscheide fällt (E). «Entscheid» kann je nach Situation bedeuten: Erlass einer Weisung, Vertragsschluss, Verfügung, Bewilligung, Anstellung etc.

Die **fetten** Tabellen-Einträge sind wichtig, sie werden durch das Parlament festgelegt und geändert, sie stehen somit auf Stufe Reglement.

Die nicht-fetten Tabellen-Einträge werden durch den Gemeinderat festgelegt und geändert, sie stehen somit auf Stufe Verordnung.

Der Einfachheit halber sind die Zuständigkeitsregelungen in einer einzigen Tabelle zusammengefasst. Die Tabelle ist Anhang des Reglements und auch Anhang der Verordnung. Änderungen werden immer in beiden Anhängen nachgetragen.

Einige Entscheid-Zuständigkeiten der Abteilung BSS sind mit einem Pfeil versehen (**◀E**). Das ist so zu verstehen: Das Parlament legt fest, dass der Entscheid innerhalb der Abteilung BSS von einer Fachstelle gefällt wird. Der Gemeinderat legt fest, *welche* Fachstelle den Entscheid fällt.

		Schulleitung	Tagesschulleitung	FS Bildung	FS Leitung Volksschule	FS Prävention	FS Anlagen und Sport	Abteilung BSS	Direktion DBS	Gemeinderat	Parlament
<b>A Allgemein</b>											
1	Bildungsstrategie								A	E	
2	Vorgaben (Konzepte, Weisungen, Leitbilder u. dgl.) ganze Gemeinde zu ...										
2.1	... Elternmitwirkung								A	E	
2.2	... SchülerInnen-Mitsprache								A	E	
2.3	... Pädagogik							A	E		
2.4	... Schul- und Qualitätsentwicklung								A	E	
2.5	... einfache, unterstützende und verstärkte sonderpädagogische Massnahmen in der Regelschule								A	E	
2.6	... Information / Kommunikation								A	E	
2.7	... Krisen								A	E	
2.8	... Personal								A	E	
2.9	... Tagesschulen								A	E	
2.10	... Verwendung der besonderen Vermögen der Schulen									E	

	Schulleitung	Tagesschulleitung	FS Bildung	FS Leitung Volksschule	FS Prävention	FS Anlagen und Sport	Abteilung BSS	Direktion DBS	Gemeinderat	Parlament
3 Schulprogramm				E						
4 Änderung Unterrichtsmodelle Zyklus 3 inkl. Führung der Niveaus (Real, Sek, spezSek)									A	E
5 Übernahme freiwillige Aufgaben der Gemeinde, z. B. Schulsport, MuKi-Deutsch, ...									A	E
6 Schulversuche								A	E	
7 Verteilung MR-Lektionen				E						
<b>B Pädagogik</b>										
1 Allgemeine pädagogische und betriebliche Führung der Volksschulen	E									
2 Schullaufbahnentscheide	E									
3 Disziplinar massnahmen gegenüber SuS ohne Art. 28 VSG	E									
4 Schriftlicher Verweis an die Adresse von Schülerinnen und Schüler	E									
5 Ausschluss vom Unterricht (Art. 28 VSG)							E			
6 Entlassung aus der Schulpflicht (Art. 24 Abs. 1 VSG)							A	E		
7 Einfache sonderpädagogische und unterstützende Massnahmen Regelschule (MR)	E									

		Schulleitung	Tagesschulleitung	FS Bildung	FS Leitung Volksschule	FS Prävention	FS Anlagen und Sport	Abteilung BSS	Direktion DBS	Gemeinderat	Parlament
8	Verstärkte sonderpädagogische Massnahmen in der Regelschule, besonderes Volksschulangebot (bVSAint)	E									
9	Talentförderung (Kunst und Sport)	E									
<b>C Personal</b>											
1	Führung der Individuellen Pensenbuchhaltung	E									
2	Pflichtenheft Schulleitung, Tagesschulleitung				E						
3	Verteilung SL-Pools	A			E						
4	Verteilung Pool Spezialaufgaben	E									
5	Alle Vorgesetztenaufgaben und -befugnisse ... <sup>1</sup>										
5.1	... betreffend Lehrpersonen	E									
5.2	... betreffend Schulleitungen				E			< E			
5.3	... betreffend Schulsekretariate			E				< E			

<sup>1</sup> «Alle Vorgesetztenaufgaben und -befugnisse» meint: Die Leitung der genannten Organisationseinheit ist zuständig für Anstellung, Kündigung, Erlass weiterer Verfügungen wo nötig, alle weiteren Führungsaufgaben inkl. Mitarbeitendengespräche, Erteilung von Bewilligungen wo nötig, Aussprechen von Disziplinar massnahmen, Behandlung von Aufsichtsanzeigen, Genehmigung von Urlauben.



	Schulleitung	Tagesschulleitung	FS Bildung	FS Leitung Volksschule	FS Prävention	FS Anlagen und Sport	Abteilung BSS	Direktion DBS	Gemeinderat	Parlament
5.4 ... betreffend Schulsozialarbeitende					E		< E			
5.5 ... betreffend Hauswirtschaft, Reinigung						E	< E			
5.6 ... betreffend Tagesschulleitende				E			< E			
5.7 ... betreffend Mitarbeitende Tagesschule		E								
<b>D Finanzen</b>										
1 Verteilung der Betriebsmittel der Schulen							E			
2 Verwaltung der Betriebsmittel der Schulen innerhalb der einzelnen Schule	E									
3 Führung der Betriebsmittelrechnung	E									
<b>E Administration/Organisation</b>										
1 Festlegung der Schulorganisationseinheiten								A	E	
2 Schulbezirke:										
2.1 a) Grundsätzliche Zuteilung nach Wohnadressen								A	E	
2.2 b) Richtlinien für andere Zuteilung (zum Ausgleich oder auf Gesuch hin)								A	E	

	Schulleitung	Tagesschulleitung	FS Bildung	FS Leitung Volksschule	FS Prävention	FS Anlagen und Sport	Abteilung BSS	Direktion DBS	Gemeinderat	Parlament
2.3	c) Konkrete Entscheide über Schülerinnen und Schüler							E		
3	Verträge mit anderen Gemeinden über Schulbesuch							A	E	
4	Entscheid über Gesuche für Schulbesuch in anderer Gemeinde						A	E		
5	Zuständigkeit für die Schulanlagen während der Unterrichtszeiten	E								
6	Zuständigkeit für die Schulanlagen ausserhalb der Unterrichtszeiten					E				
7	Erlass von Haus- und Pausenordnung	E								
8	Festsetzung der jährlichen Unterrichts- und Ferienzeiten			E						
9	Genehmigung von Schulanlässen und -reisen	E								
10	Sozialtarif für Schulverlegungen							A	<b>E</b>	
11	Schaffung und Aufhebung von Klassen							E		
12	Pensenzuteilung, Stundenpläne	E								
<b>F Strafanzeigen und Gefährdungsmeldungen</b>										
1	Einreichung von Strafanzeigen bei Schulversäumnis	A		E						

		Schulleitung	Tagesschulleitung	FS Bildung	FS Leitung Volksschule	FS Prävention	FS Anlagen und Sport	Abteilung BSS	Direktion DBS	Gemeinderat	Parlament
2	Gefährdungsmeldungen an KESB	E									
<b>G Weitere Kompetenzen</b>											
1	Wahl der SchulärztInnen								A	E	
2	Wahl der Schulzahnärztinnen								A	E	